Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6gespaltene Petitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 19 — Sonntag, den 11. Mai — 1913

Die im Schatten leben.

Frühling ist es wieder und das Blühen will nicht enden. Herz und Auge weiden sich an dem Grün der Flur; der Sonne warmer Schein bringt neues Leben auch in die Menschen; es freuen sich alle und rüsten, Pfingsten, das liebliche Fest, hoffnungsfroh und in voller Lenzeslust zu genießen. Alle? Leider, leider nicht. Soviel Schönheit, soviel Sonne der Lenz auch bringt, er bringt es nicht allen. Es ist furchtbar, das sagen zu müssen. Unendlich viele müssen im Schatten leben, ihnen zeigt sich die Welt in öder Gleichgültigkeit, für sie blühen keine Blumen, und der Sonnenschein trifft sie nicht; nur eine tiefe, verhaltene Sehnsucht nach des Lebens Lust und Freude bemächtigt sich ihrer. Wohl denen, die empfinden, daß sie vollwertige Menschen sind; ihre Sehnsucht nach Schönheit und Glück setzt sich um in den ernsten Willen, sich kämpfend bessere Zustände zu schaffen. Und wer ein Kämpfer ist in diesem Sinne, wird, obgleich ihm die Schatten des heutigen Wirtschaftslebens oftmals die Hoffnung verdunkeln mögen, doch hin und wieder einen wärmenden Lichtstrahl auffangen. Für ihn ist das Erwachen der Natur, so wenig er auch davon haben mag, eine Belebung seines Mutes, seiner Kampflust, denn seine Sehnsucht ist ja größer geworden.

Zu all den Vielen, die im Schatten leben, zählen die Tabakarbeiter, und es hat zurzeit den Anschein, als ob sie noch immer weiter fortgestoßen würden von allem, was das Leben lebenswert macht. Frühling! jauchzt die Welt und in dumpfer Stube, fern der Sonne und dem Leben, sitzt ein Tabakarbeiter, eine Tabakarbeiterin am Brette und rollt und wickelt, wickelt und rollt, bis in die Nacht hinein vielleicht; liebe Kindlein, deren Wangen, ach! so blaß! müssen helfen, kleinere tummeln sich in dem dunst- und staubgeschwängerten Raum umher. Und in der Fabrik? Emsig rühren sich die Hände, unverwandt richtet sich der Blick auf die Arbeit; nur nicht aufhalten, es schafft ohnehin nicht! Der Tabak ist so miserabel, und gut genug kann die Arbeit auch nicht gemacht werden, am Ende gibts statt Bezahlung noch einen Haufen Ausschuß. Ja, ja, die Bezahlung! Da hapert es. Ich kann nicht mehr geben wegen der Konkurrenz! sagt der Fabrikant, wenn er es nicht vorzieht, die Fordernden grob anzufahren oder sie an die frische Luft zu setzen. Statt dessen aber muß die Arbeit immer eleganter sein und aus dem Umblatt und Deckblatt kann nie genug herausgemacht werden. Fast sollte man glauben, als probiere der Kapitalismus in der Tabakindustrie aus, wie weit man Menschen quälen und schinden kann.

Und das alles würden die Tabakarbeiter nicht als das Schlimmste ansehen. Was nützt alle Hingabe an die Arbeit, was nützt es, wenn man sich in langer Arbeitszeit, in dumpfen Räumen bemüht, allen Wünschen des Fabrikanten gerecht zu werden, wenn man dann am Löhnungstage mit ein paar Bettelpfennigen nach Hause geht! Immer und immere wieder sei es in die Welt hinausgeschrien: Die Tabakarbeiter sind die schlechtest bezahlten Arbeiter! Allen Satten gelle es ins Ohr: Die Tabakarbeiter haben Löhne, bei denen sie mit ihren Familien hungern müssen! Ach, die Satten! Als ob die sich um den Hunger der Tabakarbeiter, um die blassen Wangen der Tabakarbeiterkinder kümmerten. Sie leben im Licht, in Lust und Schönheit; nach ihrer Meinung muß es Menschen geben, deren Bestimmung es ist, ihr Leben im Schatten zu vertrauern. Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben! Die andern schwelgen weiter; sie dichten Oden an den Frühling, denn ihnen ist er wunderbar lieblich. Und morgen bürden sie vielleicht den armen Tabakarbeitern wieder Millionen als Steuerlast auf.

Armselige, niedrige Löhne auf der einen, Wucherpreise für Lebensmittel, Kleidung und Wohnung auf der andern Seite! Der lachende Frühling findet bei den Tabakarbeitern Elend und Verzweiflung. Es sind noch die Glücklicheren, so gering der Lohn auch ist, die volle Beschäftigung haben. Tausende sind zur Zeit gänzlich ohne Lohn und ohne Brot; viele andere sind auf dreiviertel oder halbe Ration gesetzt. So geht es nun schon jahrelang und das Ende ist nicht abzusehen. Und da sollen wir von Lenzeslust und Frühlingspracht schreiben? Sollen am Ende gar einstimmen in die süßen Flötentöne bürgerlicher Pfingstartikel? O nein! Unsere Stimmung, unser Wort soll das Empfinden der deutschen Tabakarbeiterschaft zeigen. Dunkle Wolken haben sich zusammengeballt und unser Sturmläuten soll ein nahendes Gewitter künden.

Jawohl, der Frühling ist ins Land gezogen, aber er läßt die Tabakarbeiter das Leid noch tiefer fühlen, und was an Sehnsucht in ihnen lebt, spannt sich zu dem einzigen großen Verlangen, teilzunehmen an der Lust; sie wollen aus dumpfen Räumen hervor ans Licht, sie wollen Brot, sie wollen Freiheit.

„Nun muß sich alles wenden," heißt es in dem schönen Frühlingsliede. Nur wenn man will, muß es! Notwendig ists schon, daß sich bei den Tabakarbeitern manches wendet. Und ein fleißiges Bauen und Hämmern wird beginnen, das schützende Bollwerk, die Organisation, zu festigen. Die Zaghaften seien aufgerüttelt, und wer unter der Last des Daseins zusammenzubrechen droht, möge neuen Kampfesmut in der Hoffnung auf den Sieg finden. Wenn die andern in Lenzesduft und Frühlingsfreude schwelgen, dann tritt an die Tabakarbeiterschaft die schwere Frage heran: Warum wir nicht?

Es schwellen die Knospen, es grünet die Flur,
wir Tabakarbeiter hungern nur;
wir nehmen nicht teil an Jubel und Freud',
wir kennen nur Schmerzen und Sorgen und Leid.
Und fehlts unsern Kindern an Sonne und Brot
und packt uns tagtäglich die bitterste Not,
so bleibe nicht einer am Wege zurück!
Wir fluchen dem Elend! Durch Kampf zum Glück!

Zur preussischen Landtagswahl.

Die Landtagswahlen stehen wiederum unter dem Zeichen der Wahlrechtsforderung des Proletariats. Noch ist das Wort des Königs von Preußen, das einst Fürst Bülow stolz verkündete, nicht eingelöst, daß eine Aenderung des Dreiklassenwahlrechts eintreten solle.

Mit aller Macht und allen Finessen stemmen sich die Junker und die Pfaffen gegen die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den Preußischen Landtag.

Sie wissen, warum sie es tun! Im Preußischen Landtag haben sie durch die schmachvolle Entrechtung der Arbeiter bei den Wahlen die Mehrheit, und die preußische Regierung muß tanzen, wie diese Mehrheit pfeift. Uebrigens tut sie das mit Vergnügen, denn sie ist ja aus dieser Mehrheit hervorgegangen.

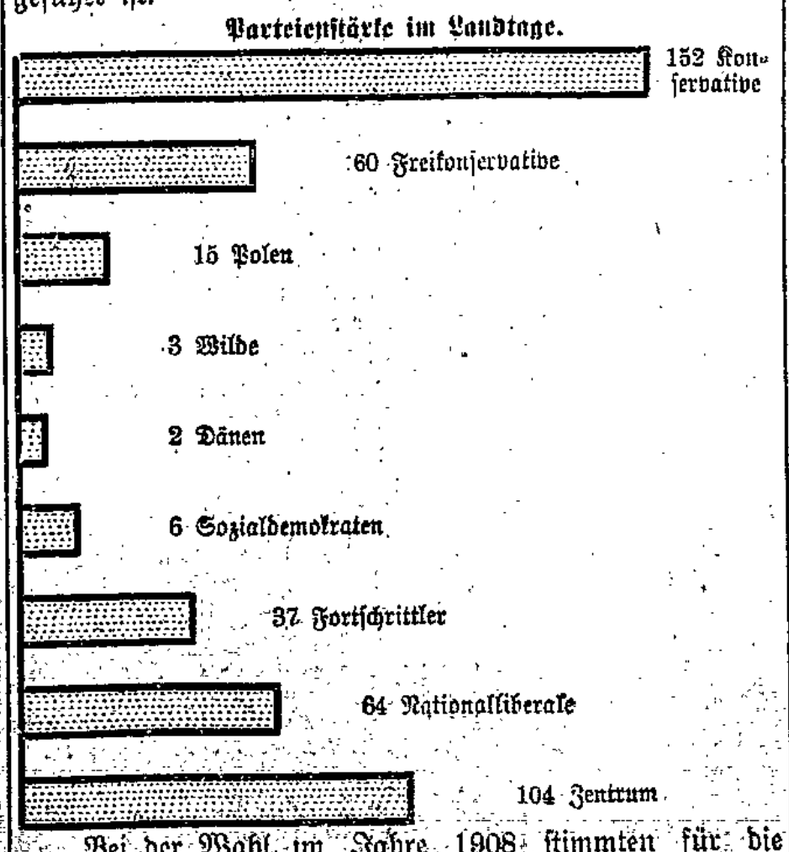
Die Macht der Junker und Pfaffen im Preußischen Landtage bedeutet aber für die Arbeiter die Fortführung der schrankenlosen Ausbeutung durch den Kapitalismus. Krautjunker und Schlotbarone, Pfaffen und Agrarier — alle plündern sie das arbeitende Volk. Da müssen endlich die Arbeiter mit aller Kraft und allen Mitteln den Kampf aufnehmen, um die junkerlich-pfäffische Macht zu brechen.

Und dieser Kampf muß mit verdoppelter Energie einsetzen in der uns noch bis zu dem Wahltage, dem 16. Mai, zur Verfügung stehenden Zeit.

Keine sich bietende Gelegenheit darf agitatorisch unbenutzt gelassen werden. Der Ruf: „Nieder mit den Junkern, nieder mit der Reaktion!" muß alle unter uns immerdar beseelen.

Jeder überzeugte Arbeiter kann ein Agitator sein: wenn auch nicht jeder von der Rednertribüne herab, so doch jeder im vertrauten Kreise: in der so notwendigen Kleinagitation.

Keiner von uns will, daß der Landtag immer so zusammengesetzt sei wie jetzt, so zusammengesetzt sei, wie in der folgenden graphischen Darstellung deutlich vorgeführt ist.



Bei der Wahl im Jahre 1908 stimmten für die Sozialdemokratie rund 600 000 oder annähernd ein Viertel aller Urwähler — trotz der Oeffentlichkeit der Abstimmung. Die Sozialdemokratie bekam aber nur 7 Mandate, wovon eines bei der Nachwahl noch verloren ging. Dagegen bekamen die Konservativen bei 354 000 Stimmen 152, die Freikonservativen 63 000 Stimmen und 60 Abgeordnete. Die Nationalliberalen brachten es auf 318 000 Stimmen und 64 Mandate; 499 000 Stimmen und 104 Mandate erlangte das Zentrum. Die Sozialdemokratie ist die Partei der unteren Volksschichten. Unsere Gegenüberstellung zeigt drastisch die empörende Ungerechtigkeit eines Wahlsystems, das die große Masse der minderbemittelten Bevölkerung nahezu völlig rechtlos macht und ganz Preußen den ostelbischen Herrenmenschen ausliefert.

Mit unverhohlener Wut keift die Junkerschaft und ihre Presse gegen die Sozialdemokratie, die die Arbeiter auffordert, Abrechnung mit dem junkerlichen Uebermut zu halten, die Parasiten des Volks hinauszuwerfen aus den Parlamenten und dafür zu sorgen, daß dem arbeitenden Volke der Ertrag seiner Arbeit nicht mehr gestohlen werde, mit dem seine Peiniger sich mästen und ihre Herrschaft gewaltsam aufrecht erhalten.

Darum müssen die Arbeiter bei den Landtagswahlen auf dem Posten sein. Es gilt die Beseitigung der Junker- und Pfaffenherrschaft! Es gilt, eine neue Etappe im Kampfe um die Befreiung des arbeitenden Volkes zu erringen!

Also drauf! Alle Arbeiter müssen zur Landtagswahl antreten und sozialdemokratisch wählen!

Reichstagsbrief.

Die Ferienlust trieb die Mehrheit des Reichstags zu einer unwürdigen Abschlußhandlung der Etasberatung. Hätte die sozialdemokratische Fraktion es sich nicht nehmen lassen, bei der 2. Lesung des Etats ihre Einwendungen zu den einzelnen Ressorts in eindringlicher Weise zur Geltung zu bringen und besonders den Militäretat einmal auf seine mehr als splendiden Positionen für überflüssige Stellen usw. zu untersuchen, so wollte die Mehrheit nun die dabei aufgewendete Zeit bei der 3. Lesung wieder kürzen.

Den Machern der bürgerlichen Parteien kam es freilich noch auf etwas anderes an. Die Durchpeitschung der 3. Lesung am Sonnabend sollte der Budgetkommission noch drei volle Tage für die Beratung der Heeresvorlage und der dazu gehörigen Steuervorlagen verschaffen, denn die Regierung hat es eilig, diese Blut- und Gutsteuern unter Dach und Fach zu bringen. Bei den bürgerlichen Parteien fand sie dafür bereitwillige Hilfe. Indeß, obwohl sie die Mehrheit haben, konnten sie die Aktionen der großen sozialdemokratischen Fraktion doch nicht so abtun, wie in der gewalttätigen Zollnacht im Jahre 1902. Sie wagten dergleichen Gewalttätigkeiten nicht, weil sie eine starke Opposition dagegen im Volke fürchteten.

So kam es, daß der sozialdemokratische Einspruch gegen die Durchpeitschung der 3. Lesung am Sonnabend Erfolg hatte. Aber die Bürgerlichen rächten sich dafür insofern, daß sie die Sitzung für Montag, den 28. April, erst nachmittags 3 Uhr anberaumten, damit die Budgetkommission von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr doch die Heeresvorlage behandeln mußte.

Zur Generaldebatte ließen sie wohl den sozialdemokratischen Redner, Genossen Keil, sprechen, aber sie selbst stellten nicht einen einzigen Redner, so daß die Generaldebatte, die sonst oft zwei Tage in Anspruch genommen hat, nach Keils Rede geschlossen wurde. Genosse Keil hatte noch einmal in scharfen Zügen die ganze Situation gezeichnet, aber die herbe Kritik reizte die Gegner nicht; einschließlich der Regierung schwiegen sie.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes frug dann der Genosse Bernstein, welche Stellung die Regierung zu der Einnahme Skutaris durch die Montenegriner zu nehmen gedenke, die zu keiner Störung des Weltfriedens führen dürfe. Doch der Staatssekretär v. Jagow gab ausweichende und nichtssagende Antwort. Und obgleich lebhaftes Interesse über die neue Wendung der Balkankrise bei den bürgerlichen wahrzunehmen war, schwiegen sie auch zu dieser Frage.

Nicht so leicht wurde ihnen die Durchpeitschung des Militäretats. Genosse Stücklen nahm die Militärwirtschaft noch einmal genau unter die Lupe. Die Militärmißhandlungen sind in letzter Zeit wieder grell hervorgetreten, wofür Stücklen die Militärverwaltung verantwortlich machte, die sich zu keinem durchgreifenden Vorgehen versteht. Erklärlich sei das auch insofern, als das Kriegsministerium sich unter das Diktum des Militärkabinetts beuge. Ferner warf Stücklen der Regierung vor, verfassungswidrig Positionen über Grundstückskäufe in den Etat eing

stellt zu haben. Sei die Position auch zurückgezogen, müsse es doch scharf gerügt werden, wenn die Regierung so vorgehe. Uebrigens deckte Stücklen noch einige Fälle von Grundstücksverkäufen auf, bei denen die Privatkäufer ungeheure Gewinne erzielten.

Dann rechnete Genosse Liebknecht, der in der 2. Lesung die Krupp-Spionage aufgedeckt hatte, scharf ab mit den von der Firma Krupp ausgehenden Vertuschungsversuchen und wies die Angriffe der kriegshetzerischen Presse auf seine Person mit Energie zurück. Außerdem aber griff er die Machenschaften der kartellierten Waffenfabriken an, die zu Rüstungen treiben, um Riesenprofite zu machen. Dabei stellte er fest, daß der Verfasser des Briefes, der zur Beeinflussung der Pariser Presse anspornte, um Rüstungstreibereien zu erzielen, ein Herr Gontard, noch nach der Bekanntgabe des Briefes ins Preußische Herrenhaus berufen worden sei. Der Bruder dieses Herrn sei preußischer General. Als ein Beamter des Kriegsministeriums dies bestritt, heulte der Troß der Junker vor Vergnügen und beabsichtigte, Liebknecht durch Lärm am Reden zu hindern, was jedoch nicht gelang. Wie begossene Pudel saßen sie dann aber da, als der General des Kriegsministeriums später zugab, er habe sich geirrt, Liebknecht habe recht.

Der Kriegsminister nahm dann das Wort zu einer belanglosen Erwiderung, er erlaubte sich dabei die beleidigende Bemerkung, daß Angriffe von sozialdemokratischer Seite den Kriegsminister nur ehrten. Darauf zahlte ihm Genosse Haase gehörig heim, der dem Herrn Ueberhebung und Verfassungswidrigkeit vorwarf. So schnitt die Militärverwaltung auch bei der 3. Lesung des Etats sehr schlecht ab.

Am Montag mußte nun auf den energischen Einspruch der Sozialdemokraten doch noch eine Sitzung stattfinden, aber auch da wurde die Beratung zu einer würdelosen. Unruhe und Lärm durchtobte das Haus. Gleichwohl hinderte das die meist sozialdemokratischen Redner nicht, zu sagen, was gesagt werden mußte.

Genosse Lensch hielt dem Reichskanzler vor, daß er grundlos der „Leipziger Volkszeitung" den Vorwurf gemacht habe, sie habe in einem Artikel die Religion verhöhnt. Der Reichskanzler hatte auch gesagt, er habe wegen dieses Artikels das Reichsjustizamt angewiesen, zu untersuchen, ob der Artikel strafbar sei. — Aber der Staatssekretär des Reichsjustizamtes erklärte auf die Anfrage Lenschs, er habe einen solchen Auftrag nicht erhalten. Darauf versuchte der Ziviladjutant des Reichskanzlers, Herr Wahnschaffe, seinen Herrn herauszuhauen, was völlig mißlang.

Der Junker Graf Westarp wollte die Sache verbessern und bezichtigte die Sozialdemokratie des Religionshasses. Er kam dabei aber noch schlechter weg, als der Reichskanzler. Die Genossen Heine, Haase und Lensch wiesen die Haltlosigkeit der Behauptung nach und deckten den Schwätzgrafen tüchtig zu. Haase vereitelte das Manöver des Herrn, die Kirche mit der Religion gleichzustellen und Angriffe gegen kirchliche Einrichtungen als Feindseligkeiten gegen die Religion zu stigmatisieren. Trotz des Tumultes der Junker wagte doch keiner mehr, sich zum Tanz zu stellen.

Eine lebhafte Debatte spann sich noch um die geforderte Anstellung eines sechsten Reichsanwalts am Reichsgericht. Die Sozialdemokraten lehnten prinzipiell die Forderung ab, da sie überhaupt die Einrichtung der Staatsanwaltschaften verwerfen. Weil das Zentrum — aus anderen Gründen — ebenfalls dagegen stimmte, wurde die Forderung abgelehnt. Zu dieser Schlappe kam noch eine. Die Ostmarkenzulage, eine Prämie auf die Unterstützung der preußischen Polenpolitik, wurde ebenfalls abgelehnt.

Beim Reichseisenbahnamt führten die Genossen Bandert und Ulrich Beschwerden über die Drangsalierung der Kleinstaaten durch die preußische Eisenbahnpolitik.

Dann nahm sich Genosse Zubeil beim Postetat noch der Postunterbeamten an und verlangte für sie bessere Behandlung und Besoldung.

Die kleineren Etats wurden dann schnell erledigt, es war kein Halten mehr. In der Gesamtabstimmung wurde dann der Etat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Um 9 Uhr abends endete die Sitzung, dann ging der Reichstag in die Ferien, die wegen der preußischen Landtagswahlen bis zum 27. Mai ausgedehnt wurden. Die Budgetkommission wird schon zum 20. Mai einberufen, da sie die Heeresvorlage durchpeitschen soll, ehe der Reichstag wieder zusammentritt.

So wird's gemacht!

Rundschau.

Zur Militärvorlage. Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder haben folgende Anträge gestellt:

1. Im § 1 wird der Absatz 4 dahin gefaßt: Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke in Anrechnung.

2. Im § 1 wird der Absatz 6 dahin gefaßt: Die sämtlichen Oekonomie-Handwerker werden durch Zivilhandwerker ersetzt.

3. Im § 1 wird ein Absatz 7 hinzugefügt: Das Burschenwesen wird aufgehoben.

4. Im § 1 wird ein Absatz 8 hinzugefügt: Die Militärkapellen werden abgeschafft.

5. Ein Artikel 1a ist einzufügen: Keinem Soldaten darf der Besuch eines Lokals untersagt werden, weil der Inhaber eine bestimmte politische Ueberzeugung hat oder einer bestimmten Partei oder Gesellschaft Räumlichkeiten zu Versammlungen und Veranstaltungen überläßt.

Der Verband sächsischer Industrieller hat beschlossen, an die Reichsregierung und an den Reichstag eine Eingabe zu richten, in der gefordert wird, daß die Kosten der Heeresvorlage nach den Grundsätzen der ausgleichenden Gerechtigkeit und unter Berücksichtigung der beachtenswerten Wünsche der Industrie aufgebracht werden. Der Verband protestiert gegen die beabsichtigte sehr hohe Besteuerung der Versicherung, gegen den Emissionsstempel und gegen die Veredelung der Matrikularbeiträge. Er erachtet es im Interesse des Reiches und der Bundesstaaten für geboten, an Stelle erneuten Eingriffes in die bundesstaatlichen Finanzen dem Reiche eine neue ertragsfähige Steuer zur Verfügung zu stellen, und als solche bezeichnet er in erster Linie die Reichserbschaftssteuer.

Wie es gemacht wird! Unserem Meißner Parteiblatt hat ein günstiger Wind dieses Zirkular zugeweht:

Hierdurch wird bekannt gegeben, daß demnächst eine Besichtigung sämtlicher landwirtschaftlicher Betriebe Ihres Wohnorts betreffs Durchführung der geltenden Unfallverhütungsvorschriften durch den zuständigen technischen Aufsichtsbeamten erfolgen wird.

Es liegt im Interesse eines jeden Betriebsunternehmers, vor derselben etwaige Mängel in seinem Betrieb zu beseitigen, damit der Vorstand nicht zur Bestrafung infolge mangelhafter oder fehlender Unfallverhütungseinrichtungen veranlaßt wird, auf die er im Interesse der Gesamtheit aller versicherten Berufsgenossen nicht verzichten kann.

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen. gez. Dr. Becker.

Das sind allerliebste Zustände. Offiziell angezeigt werden den Landwirten die bevorstehenden Betriebsrevisionen, damit nicht allzuviel Unregelmäßigkeiten entdeckt werden. Die Tragweite dieser Tatsache läßt sich aber erst voll ermessen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft nicht genug klagen kann über die Gleichgültigkeit der Landwirte gegen die Arbeiterschutzbestimmungen und die daraus sich ergebende große Zahl von ermittelten Unregelmäßigkeiten und Unfällen. Der Arbeiterschutz in der Landwirtschaft wird so geradezu zur Komödie.

Die schneidige Breslauer Staatsanwaltschaft als Schützer der Arbeitswilligen. Anfang d. J. kam es in der Breslauer Papierwarenfabrik von M. Kragen & Co. zu einer Arbeitseinstellung. Dabei sollen Arbeitswillige beleidigt worden sein. Es hatten sich vor der Strafkammer des Breslauer Landgerichts vier Mitglieder des Buchbinderverbandes, darunter der Breslauer Angestellte Brucks zu verantworten. Neben 12 Zeugen, die die Staatsanwaltschaft aufgeboten hatte, bezog sich die Anklage auch auf die in der „Volkswacht" gegen die Firma enthaltenen Sperranzeigen und Artikel. Der Verteidiger der Angeklagten war der Ansicht, daß die Sperre und ihre öffentliche Bekanntgabe gesetzlich erlaubte Mittel im wirtschaftlichen Kampfe seien. Dem entgegen vertrat der Vorsitzende, Geh. Justizrat Flenk die Ansicht, daß das Reichsgericht engegengesetzt entschieden habe. Nach Erledigung der umfangreichen Beweisaufnahme, die jedoch den größten Teil der Anklage nicht zu stützen vermochte, beantragte der Staatsanwalt exorbitant hohe Freiheitsstrafen gegen sämtliche Angeklagten, die sich zwischen 6 Wochen und 4 Monaten Gefängnis bewegten, so daß ihm der Verteidiger entrüstet entgegenhielt, diese hohen Strafen seien wohl nur beantragt worden, weil es sich um freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter handle. Selbst im Streikpostenstehen sah der Anklagevertreter eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, obgleich die doch gewiß nicht allzu nachsichtige Breslauer Polzei keinen Anlaß zum Einschreiten gefunden hat. Der Anklagevertreter erblickte schon im Streikpostenstehen die Verübung groben Unfugs, wofür allein er eine Sühne von sechs Wochen Haft für jeden der Angeklagten beantragte. Das Gericht verurteilte drei der Angeklagten, und zwar zu drei Wochen, einer Woche Gefängnis und 20 ℳ Geldstrafe.

Den auf die Sperrinserate gestützten Klageantrag gegen den Verbandsangestellten Brucks hatte der Anklagevertreter vorher fallen lassen. — Das Urteil, das sich nur auf die Aussagen der beleidigten Personen stützt, muß schon als ein sehr hartes bezeichnet werden; der Antrag der Staatsanwaltschaft aber ist schlesische Gerichtspraxis.

„Ich bitte um polizeilichen Schutz." Die oberschlesischen Bergarbeiter haben bisher ihren Kampf mit einer mustergültigen Ruhe und Besonnenheit geführt. Die Reporter der bürgerlichen Hetzpresse wußten über „Streikterrorismus" nichts zu berichten, oder sie mußten sich etwas aus den Fingern saugen. Die auf den Zechen stationierte Polizei weiß nicht, was sie vor Langeweile beginnen soll. Sie ist gänzlich arbeitslos. Aber trotzdem kommen täglich noch Polizeitransporte aus allen Teilen des Reiches im Streikgebiet an. Die Unternehmerpresse frohlockt und ruft begeistert aus: „Die Behörde verkennt durchaus den Ernst der Lage nicht!" Die „Streiker" müssen aber auch verteufelte Kerle sein. Sie sollen auf die Arbeitswilligen einen starken Terrorismus ausüben, aber, so sagt die „Schlesische Zeitung": „In den meisten Fällen aber üben die Streikposten ihren Terrorismus gegenüber den Arbeitswilligen so unauffällig aus, daß ihnen von der Polizei nicht beizukommen ist!" Das ist ein Grund für ein Gesetz, welches das Streikpostenstehen verbietet. Wenn die Polizei den Streikposten nicht mehr beikommen kann, dann muß das Streikpostenstehen einfach verboten werden. Die Arbeitswilligen fühlten sich bis jetzt nirgends bedroht, sie sollen sich aber unbedingt bedroht fühlen. Es wird ihnen darum folgender gedruckter Zettel ausgehändigt:

„Ich bitte um polizeilichen Schutz auf dem Wege zur Arbeitsstelle nach dem . . . . Schacht. Königshütte O/S., den . . . 19 . . Vor- und Zuname . . . . . Stand . . . Genaue Adresse . . . ."

Wer diesen Zettel herstellen ließ, ob die Werksverwaltungen oder die Polizei, konnten wir nicht in Erfahrung bringen. Genug, er existiert. Den Arbeitswilligen soll unbedingt beigebracht werden, daß sie bedroht sind. Da sie sich bis jetzt nicht freiwillig über Bedrohungen beklagten, sollen sie durch diesen Zettel veranlaßt werden. So wird die Denunziationssucht gefördert.

Terrorismus gegen Sicherheitsleistung. Brauereibesitzer Rad in Aldingen veranlaßte die Arbeiter durch Drohung zum Austritt aus der Organisation. Einem Arbeiter, der sich nicht einschüchtern ließ, kündigte er, stellte ihm jedoch, da er ein tüchtiger Arbeiter war, die Weiterbeschäftigung in Aussicht, wenn er folgenden Revers unterschreibe:

„Der Unterzeichnete H. verpflichtet sich, die Mitgliedschaft beim Verbande der Brauereiarbeiter unverzüglich aufzugeben und demselben während der Beschäftigung in der Brauerei von J. Rad nicht wieder beizutreten. Als Sicherheitsleistung werden von dem Unternehmer nach und nach 50 ℳ, sage fünfzig Mark, vom Lohn einbehalten, welche der Kleinkinderschule in Aldingen zufallen, wenn der Unterzeichnete seine Versprechungen nicht hält."

Wie erfinderisch doch die Unternehmer sind, um ihrem Terror die nötige Wirkung zu geben. Reichsverband und Scharfmacher werden diesen Fall hoffentlich auch ihrem Material über den Terrorismus einverleiben.

Der Revolver gegen Streikposten. Auf der Frohser Leimfabrik zu Frohse unweit Magdeburg streiken seit kurzem die Arbeiter. Vor einigen Tagen gelang es der Firma, durch Agenten in Berlin eine Anzahl Ersatzkräfte für die Streikenden aufzutreiben durch die falsche Darstellung, daß Differenzen mit den Arbeitern nicht vorlägen. Bei der Ankunft in Magdeburg wurden die Leute von mehreren Polizeibeamten in Empfang genommen und per Auto nach Frohse gebracht, wo ebenfalls wieder Polizeibeamte zum Empfang bereit standen. Machten diese eigenartigen Begleitumstände bei ihrem Empfang die Leute schon stutzig, so wurde ihnen bei ihrer Aufnahme in den Betrieb schnell klar, daß sie Streikbrecherdienste leisten sollten. Sie wandten sich infolgedessen an die zuständige Arbeiterorganisation, mit deren Hilfe die meisten sich wieder in ihre Heimat begeben konten. Der Betriebsleitung bemächtigte sich wegen des Verlustes der neugeworbenen Arbeitskräfte anscheinend eine große Empörung. Als ein Ausfluß dieser Empörung ist wohl ein Vorgang anzusehen, der sich am Mittwoch vor dem Betriebsgrundstück abspielte.

Ein Streikposten hatte sich an der Fabrikmauer ein wenig emporgezogen, um über sie hinweg die im Betriebe Beschäftigten zu beobachten. Dies sah der Betriebsleiter Marmorek. Er rief den Streikposten an und verfolgte ihn, als er flüchtete, auf einem Fahrrade. Als der Streikposten auf die weiteren Rufe des Betriebsleiters nicht stehen blieb, gab dieser einen Revolverschuß auf ihn ab und traf ihn in den Rücken. Wäre die Kugel, die ins Schulterblatt eindrang, nur ein wenig tiefer gegangen, so wäre nach Aussage des Arztes der Tod des Verletzten die Folge gewesen. Auf einen Akt der Notwehr kann sich der Herr Betriebsleiter nicht herausreden, denn er hat den Streikenden von hinten angeschossen.

Bisher war es nur ein „Vorrecht" der Streikbrecher, auf Streikende schießen zu dürfen, ohne befürchten zu müssen, dafür in fühlbarer Weise zur Rechenschaft gezogen zu werden. Sollen diese „Schießfreiheit" nun auch die Unternehmer erhalten?

Ueberflüssige und darum schädliche Zersplitterung. In den Kreisen unserer abstinent lebenden Mitmenschen machte sich schon seit längerer Zeit das Bestreben bemerkbar, von den Lebensversicherungsgesellschaften unter Hinweis auf die Risikominderung, welche die Alkoholenthaltsamkeit mit sich bringe, besonders günstige Versicherungsbedingungen zu erlangen. Die Gesellschaften kamen nach eingehender Prüfung zu dem Entschlusse, von Fall zu Fall zu entscheiden, da die Zugehörigkeit zu einer Abstinentenorganisation an sich keinen Rückschluß auf den Gesundheitszustand gestatte und auch für das Andauern der Alkoholabstinenz keine absolute Gewähr biete. Nunmehr ist ein besonderer Abstinenz-Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg gegründet und zum Geschäftsbetrieb im Deutschen Reich zugelassen worden. Das erscheint angesichts der Gründung der Volksfürsorge als ebenso ungerecht wie unklug. Die Bewegung gegen den Alkoholmißbrauch hat nirgends mehr Förderung gefunden als in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Schon angesichts dieses Umstandes hätte die neue Gründung unterbleiben müssen. Außerdem bieten die Abstinenzorganisationen mit ihrer im Vergleich zu der Zahl der Mitglieder der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen verschwindend geringen Anzahl von Mitgliedern wirklich keine sichere Grundlage für eine Volksversicherung. Zieht man ferner in Betracht, daß in den Abstinenzvereinen die Anzahl der ehemaligen Alkoholiker, die sich zu ihrer Rückenstärkung dem Zwang einer Organisation unterordnen, keine geringe ist, so ist nicht einmal anzunehmen, daß die Sterblichkeit in den Kreisen der Abstinenzler eine geringere sein wird als allgemein in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft. Ganz abgesehen davon, daß vom Volksinteressenstandpunkte jede Zersplitterung der Kräfte auf dem Gebiete der antikapitalistischen Volksversicherung bekämpft werden muß, ist deshalb auch gar nicht daran zu denken, daß die Abstinenz-Lebensversicherung auf die Dauer imstande sein wird, mehr zu leisten als die Volksfürsorge.

Landarbeiterlos. Zu Lendershagen im Kreise Franzburg wurde kürzlich ein Haus verkauft, in dem der Arbeiter Tornow mit seiner achtköpfigen Familie wohnte. Da der neue Besitzer dessen Wohnung für seine eigenen Bedürfnisse brauchte, wurde dem Tornow gekündigt. Am 1. April mußte er ausziehen, trotzdem es ihm nicht gelungen war, eine andere Wohnung zu finden. Eine schon gemietete Wohnung wurde ihm anscheinend auf Betreiben der Gemeinde wieder entzogen; da sie ihn mit seiner starken Familie nicht den Unterstützungswohnsitz erlangen lassen will, weil sie befürchtet, daß der Arbeiter bald Armenunterstützung benötigt. Die Familie wurde auf die

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr 19 — Sonntag, den 11. Mai — 1913

Kollegen Deutschlands!

Gedenkt der ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland!

Alle Gelder sind zu senden an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60, Postscheckamt Hamburg 11, Postscheckkonto Nr. 5349. Die Zahlkarten sind zu benutzen, doch ist darauf zu bemerken: Für Holland!

Berichtigung.

In dem Aufsatz „Empört euch, Tabakarbeiter!" haben sich einige Druckfehler eingeschlichen, die unbedingt der Berichtigung bedürfen. So soll es im letzten Absatz heißen, daß der Lohn der Tabakarbeiter von 1910 auf 1911 um etwa **14**, statt um 16 *M* gestiegen ist. In der Tabelle der Berufsgenossenschaften ist die durchschnittliche Lohnsumme pro Kopf im Jahre 1911 für sämtliche gewerbliche Berufsgenossen, wie dort am Schlusse angegeben, nicht 1172,83 *M*, sondern, wie auch im letzten Absatz des Artikels mehrfach betont, **1147,83** *M*.

Unser Verband im Jahre 1912.

Wie der Vorstand bereits angekündigt hat, gelangt in allernächster Zeit der Jahresbericht unseres Verbandes für 1912 zur Ausgabe. Im Hinblick auf unsern kommenden Verbandstag und um den Diskussionen über das, was werden soll, eine festere Grundlage zu geben, sehen wir uns veranlaßt, schon jetzt aus dem in Druck befindlichen Jahresbericht einige wichtige Zusammenstellungen zu veröffentlichen.

Zunächst einiges über den Mitgliederstand. Das Jahr 1911 schloß mit einer Mitgliederzahl von 35 449 ab, darunter 17 674 weibliche Mitglieder; am Schluß des Jahres 1912 war die Zahl der Mitglieder auf 37 211, darunter 18 053 weibliche, gestiegen. Die Mitgliederzahl kann nicht befriedigen, zumal im Berichtsjahre 9354 Aufnahmen erzielt wurden und außerdem der Verband der Zigarrensortierer und Kistenbekleber mit 2686 Mitgliedern mit uns verschmolzen wurde. Es ist demnach eine Mitgliederzunahme von nur 1762 festzustellen. Das Mehr an weiblichen Mitgliedern insbesondere ist 379. Zahlstellen hatte der Verband am Schlusse des Berichtsjahres 483, gegen 476 am Schlusse des Vorjahres. Der Stand der Mitgliederzahlen in den einzelnen Landesteilen ist aus nachstehender Tabelle zu ersehen. Wie die Erfahrung gelehrt hat, vermehrt sich der Verband in keinem Jahre gemäß der Zahl der Neuaufgenommenen, im Berichtsjahre jedoch hat die schlechte Lage im Tabakgewerbe ungünstig auf die Gewinnung neuer und das Halten der gewonnenen Mitglieder gewirkt.

Staaten und Landesteile	Zahlst. am Schlusse des Jahres 1912	Mitglieder am Schlusse des Jahres 1912: Zus.	davon männl.	weiblich
Provinz Ost- und Westpreußen	6	216	97	119
„ Brandenburg	42	3329	1764	1565
„ Pommern	3	70	36	34
„ Posen	7	292	161	131
„ Schlesien	32	2558	531	2027
„ Sachsen	33	3206	1737	1469
„ Schleswig-Holstein	15	356	296	60
„ Hannover	34	1874	1363	511
„ Westfalen	59	6258	3797	2461
„ Hessen-Nassau	28	899	546	353
„ Rheinland	22	648	375	273
Hohenzollern	—	—	—	—
Zusammen im Königreich Preußen	281	19706	10703	9003
Königreiche				
Bayern	15	521	250	271
Sachsen	47	6040	2093	3947
Württemberg	9	520	245	275
Großherzogtümer				
Baden	34	1887	792	1095
Hessen	27	1144	372	772
Mecklenburg-Schwerin	6	92	91	1
Sachsen-Weimar-Eisenach	5	169	61	108
Mecklenburg-Strelitz	—	—	—	—
Oldenburg	4	66	62	4
Herzogtümer				
Braunschweig	8	487	357	130
Sachsen-Meiningen	4	290	244	46
Sachsen-Altenburg	10	632	210	422
Sachsen-Coburg-Gotha	1	10	6	4
Sachsen-Anhalt	7	393	212	181
Fürstentümer				
Schwarzburg-Sondershausen	—	—	—	—
Schwarzburg-Rudolstadt	1	89	11	78
Waldeck und Pyrmont	3	220	103	117
Reuß ä. L.	1	16	13	3
Reuß j. L.	3	165	82	83
Schaumburg-Lippe	—	—	—	—
Lippe-Detmold	9	551	360	191
Freie Städte und Gebiete				
Lübeck	1	71	68	3
Bremen	3	959	625	334
Hamburg	2	2764	2161	603
Elsaß-Lothringen	2	419	37	382
Insgesamt	483	37211	19158	18053

Die Kassenverhältnisse unseres Verbandes gestalteten sich im Jahre 1912 folgendermaßen: An Eintrittsgeldern wurden 4677 *M*, an regulären Beiträgen 817 282,25 *M*, an Extrabeiträgen 69 077,45 *M* vereinnahmt. Der Sortiererverband brachte der Kasse 18 242,71 *M*. Von der Generalkommission erhielt der Verband 356 505,07 *M*. An Inseraten und Abonnements wurden 14 904,68 *M*, an Zinsen 10 295,25 *M* und als Sonstiges 7984,32 *M* eingenommen. Mit dem am 1. Januar 1912 vorhandenen Bestand von 230 716,94 *M* hatte der Verband im Jahre 1912 eine Gesamteinnahme von 1 529 685,67 *M*. Die Ausgaben sind insgesamt 1 422 992,12 *M*, so daß am Jahresschluß ein Bestand von 106 693,55 *M* verbleibt. Ausgegeben sind insbesondere: für Rechtsschutz 1920,89 *M*, für Gemaßregeltenunterstützung 199 427,54 Mark, für Streiks und Lohnbewegungen 379 731,06 *M*, für Streiks in anderen Gewerkschaften 8000 *M*, für Arbeitslosenunterstützung 166 373,90 *M*, für Umzugs- und Fahrgeldunterstützung 13 397,66 *M* und für Krankenunterstützung 241 311,43 *M*.

Es ist selbstverständlich, daß wir an dieser Stelle nicht den gesamten Jahresbericht abdrucken können, nicht einmal alle Zahlen können wir bringen, doch wollen wir nicht unterlassen, auch jetzt schon eine Uebersicht über unsere Kämpfe zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, bezw. über unsere Abwehrbewegungen, zu geben. Ist doch jeder gespannt, was uns die Arbeit und die Opfer eines Jahres gebracht haben. Wir drucken deshalb einige Tabellen ab.

Eingeleitete und beendete Bewegungen:

a) Mit vollem Erfolg:

	Zahl der Bewegungen	Zahl der Betriebe	beschäft. insgesamt	Arbeiter davon weiblich	beteiligte insgesamt	Arbeiter davon weiblich
Angriffsbewegungen						
ohne Streik	78	174	1154	524	994	434
mit Streik	3	3	39	23	34	20
Abwehrbewegungen						
ohne Streik	7	12	222	180	172	93
mit Streik	2	2	12	6	12	6
Aussperrungen	6	491	23688	11064	11153	4914
Insgesamt	96	682	25115	11747	12365	5467

b) Mit teilweisem Erfolg:

	Zahl der Bewegungen	Zahl der Betriebe	beschäft. insgesamt	Arbeiter davon weiblich	beteiligte insgesamt	Arbeiter davon weiblich
Angriffsbewegungen						
ohne Streik	110	654	23869	12635	19817	9373
mit Streik	13	29	871	525	721	443
Abwehrbewegungen						
ohne Streik	3	3	110	63	54	28
mit Streik	3	4	431	344	408	318
Aussperrungen	1	1	38	27	36	25
Insgesamt	130	691	25319	13594	20581	10188

c) Mit einem Mißerfolg:

	Zahl der Bewegungen	Zahl der Betriebe	beschäft. insgesamt	Arbeiter davon weiblich	beteiligte insgesamt	Arbeiter davon weiblich
Angriffsbewegungen						
ohne Streik	1	1	14	4	14	4
mit Streik	13	17	689	447	407	263
Abwehrbewegungen						
ohne Streik	—	—	—	—	—	—
mit Streik	3	3	165	118	123	78
Aussperrungen	2	2	148	64	105	38
Insgesamt	19	23	966	633	649	383

Bei den Bewegungen gelang es in 59 Fällen für 197 Betriebe und 1722 Arbeiter Tarifverträge abzuschließen. Am Schlusse des Berichtsjahres bestanden 270 Verträge (Verträge an 270 Orten, bezw. Lohngebieten) für 1054 Betriebe mit 6195 beschäftigten Arbeitern.

Die geführten Angriffsbewegungen ohne und mit Streik brachten den beteiligten Arbeitern nach gewissenhafter Schätzung eine Erhöhung ihres Verdienstes bis 2,50 *M* pro Woche und zwar

für	3170	Arbeiter bis	0,50 *M*	=	1585 *M*	pro Woche,
„	16493	„ „	1,— „	=	11231 „	„ „
„	1127	„ „	1,50 „	=	1612 „	„ „
„	202	„ „	2,— „	=	403 „	„ „
„	104	„ „	2,50 „	=	260 „	„ „
insges. für	21096	Arbeiter bis	2,50 *M*	=	15091 *M*	pro Woche.

Außerdem wurde für 821 Arbeiter die wöchentliche Arbeitszeit um 1604 Stunden verkürzt.

Es fragt sich nun, ob wir mit den Erfolgen unserer Lohnbewegungen und dem Ausgang unserer Kämpfe zufrieden sein können. Berücksichtigen wir die Lage der Tabakindustrie im Jahre 1912, so müssen wir mit Ja! antworten. Betrachten wir aber die Verhältnisse der Tabakarbeiter, so müssen wir unzweifelhaft bekennen, daß künftig mehr getan werden muß, daß unsere Organisation in den Stand zu setzen ist, für ihre Mitglieder umfassendere und größere Erfolge zu erzielen. Das zu ermöglichen, muß unsere dringendste Aufgabe in der nächsten Zukunft sein. Im übrigen werden die Mitglieder ja bald genug Gelegenheit haben, an der Hand des ausführlicheren Berichts alle Einzelheiten zu erfahren und zu prüfen.

Arbeiterferien als Vorbeugungsmittel gegen Krankheiten.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat kürzlich eine Schrift herausgegeben, die sich betitelt: „Arbeiterferien unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Metallindustrie". Es ist eine ausgezeichnete Schrift, und wenn sie auch, wie der Titel schon sagt, speziell den Interessen der Metallarbeiter dienen soll, ist sie jedoch der Beachtung aller Arbeiter und Soziologen wert. Neben dem statistischen Material aus der Metallindustrie birgt die Schrift eine Fülle allgemeiner, die Forderung nach Arbeiterferien stützende Gesichtspunkte. Wir drucken nachstehend den ebenfalls in der Schrift befindlichen Aufsatz ab: Arbeiterferien als Vorbeugungsmittel gegen Krankheiten.

*

Die körperlichen Schäden, welche die heutige Produktionsweise dem Körper des Arbeiters zufügen, haben besonders zur Schaffung der sozialen Gesetze beigetragen. Man hat versucht, dadurch die Volksgesundheit zu heben, daß man Krankheiten heilte, daß man den durch Krankheit erwerbsunfähig gewordenen Arbeitern eine finanzielle Unterstützung gab, um sie selbst wie auch ihre Familien vor der äußersten Not zu schützen. Daß man die nötigen Mittel zu dieser, der allgemeinen Wohlfahrt dienenden Einrichtung zunächst von den Arbeitern selbst aufbringen ließ, sei nebenbei erwähnt. Besonders wollen wir konstatieren, daß die Krankheitsgefahren der Arbeiter anerkannt sind.

Im Jahre 1910 waren 13 610 048 Personen gegen Krankheit versichert. Von je 100 Versicherten waren im Laufe des Jahres 1910 42 Personen zusammen 845 Tage erwerbsunfähig krank. Die im Interesse der Erkrankten gemachten Aufwendungen betrugen insgesamt im Jahre 1910 für 5 772 388 Erkrankte 357 468 396 *M* oder pro Versicherten 26,25 *M*. Auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes wurden im Jahre 1910 an 1 152 985 Personen 187 004 000 *M* Entschädigungen (einschließlich der Kosten von Heilverfahren) bezahlt. Es muß an der Hand dieser Zahlen anerkannt werden, daß sehr vieles zur Heilung der einmal geschlagenen Wunden am Volkskörper geschieht. Aber es drängt sich auch die Tatsache in den Vordergrund, daß die Zahl der Kranken und Invaliden eine ungeheuer große ist. Beinahe 7 Millionen Versicherte waren im Jahre 1910 genötigt, die Hilfe der sozialen Versicherungsanstalten in Anspruch zu nehmen. Und es drängt sich weiter die Frage auf, ob es denn nicht möglich sei, die große Zahl der Kranken und Invaliden zu vermindern, indem man sich nicht darauf beschränkt, einmal entstandende Krankheiten zu heilen, sondern versucht, diesen Krankheiten vorzubeugen, sie zu verhindern.

Schon seit vielen Jahren wird diese Frage von den Interessenten erörtert. In erster Linie haben die Träger der Invalidenversicherung hier praktisch eingegriffen. Ein großer Teil der Landesversicherungsanstalten hat Heilstätten errichtet, in denen die Personen Aufnahme finden, bei denen sich die ersten Krankheitssymptome zeigen. Besonders die Lungentuberkulose soll in diesen Heilstätten bekämpft werden. Und es ist das Resultat zu verzeichnen, daß alljährlich Tausende von Arbeitern vor dauerndem Siechtum und frühem Tod auf diese Weise bewahrt werden. Auch verschiedene größere Ortskrankenkassen sind in ähnlicher Weise vorgegangen, indem sie Rekonvaleszentenheime schufen oder indem sie den Kranken, die sich im Rekonvaleszentenzustande befanden, Landaufenthalt ermöglichten. So wird beispielsweise von der über 100 000 Mitglieder zählenden allgemeinen Ortskrankenkasse zu Frankfurt a. M. in ihrem Bericht für das Jahr 1911 gesagt, daß 251 Mitglieder in Walderholungsstätten untergebracht waren. Die Zahl der Verpflegungstage betrug 5233. Auch Rekonvaleszentenheime werden von der Frankfurter A. O. K. unterhalten. In der Anstalt für Frauen in Hohenwald wurden 103 Mitglieder 2365 Tage und in der Anstalt für Männer in Neuenhain wurden 141 Mitglieder 3841 Tage verpflegt. Noch einige andere gemeinnützige Anstalten zur dauernden Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse wurden von der Kasse im Interesse der Mitglieder unterstützt.

Was hier für die Frankfurter Allgemeine Ortskrankenkasse festgestellt werden konnte, ist in vielen anderen Kassen auch eingeführt. Diese Einrichtungen verdienen gewiß alle Anerkennung, aber zu bedenken ist, daß derjenige, der in den Genuß solcher Einrichtungen gelangen will, zunächst einmal krank sein muß. Mancher wird erst dann auf die Einrichtungen aufmerksam, wenn er bereits den Keim des Todes oder des dauernden Siechtums in sich trägt. Wenn den Arbeitern in Wahrheit Hilfe gebracht werden soll, dann müssen Zustände und Verhältnisse geschaffen werden, die eine Erkrankung überhaupt verhindern, soweit dies nach Lage der Sache möglich ist. Die Krankheiten ganz zu beseitigen, ist eine Utopie. Da sprechen soviele Umstände mit, daß es zwecklos wäre, über diese Frage Worte zu verlieren. Aber die Krankheiten, die mit der Tätigkeit des Arbeiters zusammenhängen und die in der Tätigkeit der Arbeiter selbst oder in den Betriebsverhältnissen ihren Ursprung haben, die müßten verhindert werden, und sie können verhindert werden, wenn von allen Seiten, sowohl von den Arbeitern wie von den Unternehmern, der Gesetzgebung und der Wissenschaft, der gute Wille in den Dienst dieser Sache gestellt wird. Es ist ein hohes Ziel, das einem solchen Streben winkt.

Anfänge in dieser Hinsicht sind gemacht worden. Ganz besonders rechnen wir dazu die Erfolge der Gewerkschaften. Jede Stunde Arbeitszeitverkürzung schafft dem Arbeiter die Möglichkeit, seinem Körper eine größere Erholung zu gewähren. In derselben Richtung wirken auch die errungenen Lohnerhöhungen. Sie gestatten dem Arbeiter, sich besser zu nähren, zu kleiden, seinen Geist zu bilden. Besonders der letztere Umstand ermöglicht erst dem Arbeiter die Erkenntnis der Notwendigkeit, seinen Körper gesund zu erhalten. Und die Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften hat zur Folge, daß die Arbeiter auch den Mut haben, einer durch Betriebseinrichtungen hervorgerufenen Schädigung ihrer Gesundheit entgegenzuwirken. Eine weitere Forderung der Gewerkschaften, die leider bisher noch nicht genügend in den Vordergrund treten konnte, die Gewährung von Ferien an alle Arbeiter, ist bei ihrer Verwirklichung eines der besten Vorbeugungsmittel gegen die Krankheiten. Die vorliegende Schrift soll dieser Forderung die realen Grundlagen geben.

Weitere Vorgänge, die der Vorbeugung von Arbeiterkrankheiten dienen, finden wir auch in der Gesetzgebung. Die Vorschriften der Gewerbeordnung, welche der schrankenlosen Ausnützung der Kinder, der Jugendlichen, der Frauen und der Arbeiter im allgemeinen ein Ziel se-

zählen dazu. Ebenso die Vorschriften über die Beschaffenheit der Betriebe, die Verordnungen von Bundesrat und einzelstaatlichen wie kommunalen Behörden, die in irgend welcher Form für Unternehmer und Arbeiter Vorschriften über die Betriebsstätten enthalten. Also kann man nicht mehr den Einwand auf Unternehmerseite erheben, daß unsere Forderungen nach Vorbeugemaßregeln gegen die Krankheiten der Arbeiter nicht begründet wären, denn Behörden und Gesetzgebung sind in der Regel hinsichtlich des Arbeiterschutzes nur allzusehr zurückhaltend, und wenn sie schon in der angedeuteten Weise eingreifen, dann nur, weil sie durch die Verhältnisse dazu gezwungen sind. Freilich sind alle Verordnungen und Gesetze nicht so weit gegangen, daß sie etwa jeden Arbeiter alljährlich eine bestimmte Zeit hindurch von der drückenden Arbeit befreien. Bis sich die sozialpolitische Einsicht der Regierungen wie der Parlamente zu dieser Tat emporschwingt, wird noch manches Jahr vergehen. Aller Voraussicht nach wird dieser Zeitpunkt erst dann eintreten, wenn die Arbeiter aus eigener Macht sich eine Recht auf Ferien bereits erworben haben.

Bei der Frage der Krankheitsvorbeugung dürfen wir auch der weißen Raben unter den Unternehmern nicht vergessen, die den Angaben nach lediglich aus eigenem Willen und aus reiner Menschenliebe Einrichtungen getroffen haben, die uns als Beispiele für die an Regierung und Unternehmer zu richtenden Forderungen dienen könnten. Wir nennen hier nur die berühmten Werke von Karl Zeiß in Jena. Trotz aller Anfechtungen hat es der verstorbene Karl Zeiß durchgesetzt, daß die bei ihm tätigen Arbeiter fast in jeder Beziehung einwandfreie Arbeitsstätten hatten. Wenn später, nach dem Tode des Begründers, seine Nachfolger auch ein anderes Regiment einzuführen versuchten, so ist doch der Beweis geliefert, daß ein moderner Betrieb auch mit den weitgehendsten gesundheitsfördernden Einrichtungen florieren kann. Die Zeißwerke stehen nicht mehr allein. Andere größere industrielle Werke haben in bezug auf Arbeiterferien noch bessere Einrichtungen geschaffen.

Im allgemeinen wehren sich die Unternehmer wie auch die Träger der Staatsgewalt gegen jede Einrichtung, die über das angeblich äußerste Maß hinaus bestimmt ist, den Arbeiterkrankheiten vorzubeugen. Ganz besonders das Verlangen nach Arbeiterferien findet bei den Unternehmern wenig Gegenliebe. Und doch sind die Ferien, wie wir das schon einmal betonten, eines der besten Mittel zur Erhaltung der Arbeitergesundheit. Ein praktischer Arzt, Dr. med. Friedrich Keller, urteilt darüber in einer Schrift, die sich besonders mit den Nervenkrankheiten befaßt, wie folgt:

„Die großen sozialen Versicherungsgesellschaften geben jährlich Millionen zur Bekämpfung der Tuberkulose aus. Würden sie Arbeiterferien und Arbeiterbeurlaubung ermöglichen, so würden sie nicht nur vorbeugend gegen Nervenleiden, sondern auch gegen die Tuberkulose wirken; denn die Kräftigung des Körpers und seiner Organe wappnet den unter ungünstigen Verhältnissen lebenden Menschen nicht nur gegen Nerven-, sondern auch gegen Lungenerkrankungen und andere Gesundheitsstörungen."

Ein anderer Arzt, Dr. med. Alfons Fischer, schreibt in der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung" zu der Ferienfrage:

„Es gibt, wie jeder in der Praxis stehende Arzt bestätigen wird, eine Reihe von Krankheitszuständen, in denen jedes Mittel versagt, wofern nicht eine Luftveränderung Platz greift. Es sind dies gewöhnlich nicht die schweren, mit ganzer Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungen. Bei Bleichsucht, Blutarmut, Nervosität, Erkrankungen der Atmungsorgane und andere mehr, also bei Krankheiten, die zumeist zu einer unmittelbaren Arbeitsunterbrechung nicht führen, aus denen aber, wenn nicht rechtzeitig die erforderlichen Gegenmaßnahmen getroffen werden, liefergreifende Uebel sich entwickeln können, da wird von Krankenkassen und Arbeitgebern jetzt vielfach schon die Ueberweisung an einen Kurort bewilligt.

Aber man sollte nicht abwarten, bis eine Erkrankung sich zeigt. Es weiß nachgerade jeder, daß die Krankheitsverhütung mehr wert ist als die Heilung. Der größte Teil der Erwerbstätigen ist heutzutage einer Summe von Gesundheitsschädigungen durch seinen Beruf ausgesetzt. Dies gilt insbesondere für solche Personen, die mit giftigen Stoffen in Berührung kommen und die angreifenden Gasen oder widerlichen Gerüchen ausgesetzt sind; es trifft aber auch für alle diejenigen zu, die viel Staub, sei es Akten- oder Werkstättenstaub, einatmen müssen, die zu wenig Zeit für eine tägliche Erholung in frischer Luft oder für sportliche und der Gesundheit dienende Betätigung finden. Bei diesen nach Millionen von Personen zählenden Bevölkerungsschichten darf man, wenn man auf das Wohl des Einzelnen wie des Volksganzen bedacht sein will, nicht erst die Zeit herankommen lassen, wo eine Erkrankung in die Erscheinung tritt: hier heißt es rechtzeitig vorbeugen. Und das wirksamste Mittel für eine Prophylaxe in dieser Richtung ist ein alljährlicher Erholungsurlaub.

Bemerkt sei jedoch, daß Ferien von nur zwei bis drei Tagen so gut wie ganz zwecklos, ja bisweilen sogar schädlich sind. Was soll ein Angestellter oder Arbeiter mit einer so kurzen Zeit beginnen? Ein Erholungsurlaub, der in Wahrheit Nutzen stiften soll, muß wenigstens eine Woche lang währen; nur dann wird der beabsichtigte Zweck, die körperliche und seelische Auffrischung, erreicht werden."

So könnte man noch viele Ausführungen von Männern der praktischen Wissenschaft aneinanderreihen und sie alle würden stets die Lehre wiederholen, daß die Feriengewährung eines der besten Mittel zur Verhinderung von Krankheiten ist. Uebrigens ist diese Ansicht durchaus nicht nur in den Kreisen der Aerzte verbreitet. Sie hat in den Kreisen der bürgerlichen Sozialpolitiker und auch in Unternehmerkreisen sehr viele begeisterte Anhänger, bei letzteren allerdings nur, soweit es sich um Ferien für die Unternehmer selbst handelt. So konnte man unlängst in einer Unternehmerzeitung lesen:

„Arbeit bedeutet, das weiß jeder, den Konsum von Lebenskraft. Dieser darf nicht größer sein als der Zuwachs, sonst geht es schnell abwärts. Wenn wir für einige Zeit unsere gewohnte Tätigkeit unterbrechen, uns einen Luftwechsel gönnen, dann hört der Konsum unserer Kräfte auf, während die Zufuhr eine reichlichere wird. Körper und Geist ruhen aus, die Nerven werden gestählt. Wir legen in dieser Zeit in unserer Arbeitskraft ein Kapital an, das uns mehr Zinsen bringt, als wenn wir die erwachsende Ferienausgabe kapitalisieren wollten. Darum scheue sich keiner der Unterbrechung der Arbeit. Wer in die Ferien geht, der geht in gewissem Sinne zur Sparkasse, zur Bank, um Geld auf die Seite zu legen."

Wenn die Unternehmer dieser Ansicht auch in bezug auf die Arbeiter Rechnung tragen würden, dann könnte man das ohne weiteres akzeptieren. Natürlich werden nur wenige Unternehmer vorhanden sein, die die wohltuende Wirkung der Arbeiterferien in der Theorie bestreiten. Im Gegenteil! Man gibt mitunter zu, daß die Volksgesundheit dabei nur gewinnen kann. Kommt man diesen Unternehmern jedoch mit der Forderung, ihre theoretischen Anschauungen in die Praxis umzusetzen, dann zeigt sich, daß die Theorie eben nur Theorie bleibt und bleiben soll. Die Arbeiter sind in der Regel genötigt, wenn sie für sich Ferien erreichen wollen, ernstere Schritte zu unternehmen. Und es wird noch vieler Kämpfe der Arbeiter bedürfen, um ihrem berechtigten Verlangen nach Einführung von Ferien Geltung zu verschaffen. Die „Metallarbeiter-Zeitung" (Nr. 30, Jahrgang 1912) schrieb darüber durchaus zutreffend.

„Die Arbeitermassen gesundheitlich zu sichern, sie vor Krankheiten zu bewahren, sie zur vollen Entfaltung aller ihrer Fähigkeiten gelangen zu lassen, das ist die beste Politik; aber freilich ist es nicht die Aufgabe der Staatskunst der Gegenwart, es ist die der Zukunft. Diese Politik wird erst gemacht werden, wenn nicht die Besitzer, sondern die Arbeiter den maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung haben werden. Aber so lange können wir nicht warten, bis sich der Staat seiner Pflichten für die Gesundheit der Arbeiter erinnern wird. Wir müssen durch unsere Organisationen für die Verkürzung der Arbeitszeit wirken; sie wird es einer von Jahr zu Jahr steigenden Anzahl von Arbeitern ermöglichen, Ferien zu genießen zur Stärkung und Kräftigung und zur Genesung."

Müssen wir denn immer dulden?

Ein regnerischer Apriltag. Ich sitze in meiner kleinen Kammer und hänge meinen Gedanken nach. Seit drei Tagen wohne ich nun hier auf dem Lande. Ich war gezwungen, Breslau zu verlassen, da ich als Tabakarbeiter genug geschunden war. So einen trüben, miserablen Sommer in der Großstadt durchmachen, wollte ich nicht. Hier denke ich wenigstens nicht so schnell zu verhungern.

Ich schrieb, daß ich Tabakarbeiter sei. Wer die Verhältnisse in der Tabakindustrie kennt, wird begreifen, wie es einem Tabakarbeiter zumute ist. Bis vor kurzem in einer großen Fabrik beschäftigt, die dann ihre Arbeitskräfte um die Hälfte herabsetzte und auch mich damit entließ, erhielt ich, ehe die Reihe an mich kam, noch Arbeit in einem kleinen Betriebe. „Hier kannst du dich am Ende nach all dem Elend etwas aufraffen," dachte ich. Arbeiter haben ja immer recht viel Hoffnung trotz alledem. Aber ach!

An mir ist nun die Reihe, das erstemal acht Tage auszusetzen. Und wir schreiben erst April! Der Sommer ist lang. Wie wird der werden? Man will doch mit der Familie nicht verhungern. Das Weihnachtsgeschäft in der Zigarrenindustrie ist noch in weitem Felde. Aber wie, was und wo beginnen? Sehen wir uns doch einmal die vielen Arbeitslosen an! An allen Straßenecken stehen sie und spähen nach Arbeit und Brot. Fürwahr, wir können zufrieden sein in unserem Staate! Für jeden Arbeiter ist wirklich bis ins hohe Alter gesorgt. Wirklich?

O ihr Satten, die ihr oftmals mit Arbeiterleben leichtsinnig umspringt, versetzt euch einmal in die Lage eines Tabakarbeiters! Wie würde euch ums Herz, wenn euch zu Hause die Frau mit verweintem Hungersicht empfängt! Wenn eure Kinder Brot verlangen und ihr mit leeren Händen kommt!

Muß sich nicht jedes Menschenherz im Leibe zusammenkrampfen, wenn er sieht, wie die Unternehmer mit kaltlächelnder Miene die Leute, die doch so gern arbeiten wollen, aufs Straßenpflaster setzen, dem Elend preisgeben?

Aber wir leben natürlich in einem christlichen Staate und es gibt ja genug sogenannte fromme Leute. Auch im Jahre 1909 haben die frommen Leute für die Wertsteuer gestimmt. Nein, nein, das vergißt ein Tabakarbeiter nicht!

Und was wir jetzt wieder von jenen Leuten zu erwarten haben, die immer so gern von der Nächstenliebe reden, die immer von der Hilfe für die Armen schwatzen, das zeigen uns die gegenwärtigen Reichstagsdebatten nur zu deutlich. Hier reicht es auf Milliarden, damit sich die christlichen Völker gegenseitig abmurksen können. Eine gesunde Sozialpolitik aber — ja, Kuchen! Wir leben ja, und das ganz famos.

Soll das noch lange so weiter gehen? Nein. Die Arbeiter, und vor allem die Tabakarbeiter, werden mit der Zeit sehen müssen, wo der Feind steckt. Nicht die Franzosen, nicht Türken oder andere sind unsere Feinde, sondern es ist der Kapitalismus! Um diesen niederzuringen, bedarf es der Anspannung aller Kräfte. Jeder denkende Arbeiter kann nicht anders, als sich in den Dienst des Volkes zu stellen. In seiner Gewerkschaft wird jedem die Gelegenheit geboten, Mitkämpfer zu sein und zu werden.

Und an die Tabakarbeiter richte ich hauptsächlich den Appell: Sind wir nicht die ausgebeutetsten und schlechtest bezahltesten Arbeiter Deutschlands? Wir oft haben wir nicht schon die Willkür der Fabrikanten gespürt, die sich gar nicht scheuen, am Feste der Liebe Tausende von uns außer Lohn und Brot zu setzen!

Und wie ich auch sinne, ich kann nicht anders, als immer wieder auf den einen Punkt zurückzukommen: Hinein in den Verband!

Die Menschheit muß mit eignen Händen
erkämpfen sich ihr irdisch Los.

F. W. in M., Kreis Ohlau.

Fiasko der Zusatzversicherung in der Invalidenversicherung.

n. Bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung haben Regierung und Mehrheit des Reichstags es bekanntlich abgelehnt, die allgemeinen Renten der Invalidenversicherung, deren Unzulänglichkeit nicht bestritten wurde, zu erhöhen. Auch zu der Einführung höherer Lohnklassen hat man sich nicht verstanden. Dem Wunsche auf Verbesserung der Leistungen der Invalidenversicherung, der nicht nur in den Kreisen der Arbeiter weit verbreitet ist, sondern auch in den Reihen der Angestellten und kleinen Gewerbetreibenden, sollte durch die freiwillige Zusatzversicherung Genüge geschehen. „Eine wichtige Erweiterung," heißt es in der Begründung des Regierungsentwurfs, „bildet die freiwillige Zusatzversicherung. Sie kommt den Wünschen des Mittelstandes durch freiwillige Weiterversicherung höhere Renten erwerben zu können, entgegen . . . Eine solche Zusatzversicherung bietet jedem Handwerker usw. die Möglichkeit, seinen Rentenanspruch ohne finanziellen Nachteil für die Versicherungsträger und ohne Mehrbelastung des Reichs nach Bedarf zu erhöhen." Um die Gestaltung der Zusatzversicherung ist in der Kommission des Reichstags heftig gestritten worden. Es wurde beantragt, die Zusatzversicherung auch für die Altersrente und die Renten der Hinterbliebenen nutzbar zu machen. Nur wenn auch diese Renten durch die Zusatzversicherung eine Verbesserung erfahren würden, so wurde betont, sei auf eine größere Beteiligung an der Zusatzversicherung zu rechnen. Bei der Beschränkung auf die eigene Invalidenrente werde die Erwägung, daß die Beiträge in allen Fällen, in denen Invalidität nicht eintrete, zwecklos gezahlt worden seien, von der Beteiligung abschrecken. Nur die Gewißheit, mit der Zusatzversicherung auch die Lage der Hinterbliebenen zu verbessern, könne den Anreiz zu einer umfangreichen Beteiligung an der Zusatzversicherung bilden. Regierung und Reichstagsmehrheit haben sich diesen Ausführungen verschlossen. Die Zusatzversicherung beeinflußt nur die eigene Invalidenrente des Versicherten, nicht seine Altersrente und die Renten seiner Witwe und seiner Waisen.

Zum Zwecke der Zusatzversicherung kann jeder Versicherungspflichtige und jeder Versicherungsberechtigte Marken im Werte von einer Mark pro Stück verwenden. Die Marken werden, wie die anderen Marken, in die Karte geklebt. Für jede Mark Beitrag erhöht sich die jährliche Invilidenrente um so viel mal 2 Pfennig, als beim Eintrit der Invalidität Jahre seit der Entrichtung des Beitrags verflossen sind. Zahlt ein Versicherter in einem Jahre einmal 25 ℳ für die Zusatzversicherung, so würde er, wenn seine Invalidität zehn Jahre später eintritt, eine jährliche Zusatzrente von 5 ℳ erhalten. Nur wenn durch lange Zeit hindurch regelmäßig Beiträge in ziemlicher Höhe für die Zusatzversicherung aufgewendet werden, ist von ihr eine nennenswerte Erhöhung der Invalidenrente zu erwarten. Die Mehrzahl der Arbeiter ist nicht imstande, für Jahrzehnte hindurch regelmäßig hohe Beiträge zu leisten und sie werden dies um so weniger tun, wenn sie nicht die Gewißheit haben, daß durch dieses Opfer auch ihren Angehörigen Vorteil erwächst. Die Erfahrung des ersten Jahres der Zusatzversicherung hat den Befürchtungen, daß sie keinen großen Anklang finden werde, recht gegeben. Nach der jüngst erfolgten Veröffentlichung des Reichsversicherungsamts über die Einnahmen aus Wochenbeiträgen und Zusatzmarken sind im Jahre 1912 von den zirka 16 Millionen Versicherten insgesamt nur 40 486 Zusatzmarken verwendet worden. Das ist ein außerordentlich klägliches Ergebnis, das beweist, wie gering unter den Versicherten die Neigung ist, sich an diesem Versicherungszweig mit seinen verhältnismäßig hohen Beiträgen und seinen geringen und ungewissen Leistungen zu beteiligen. Sehr verschieden ist die Beteiligung in den Bezirken der einzelnen Versicherungsanstalten. An der Spitze steht Pommern mit 4853, darauf folgt Hessen-Nassau mit 4373 Zusatzmarken. An letzter Stelle stehen die Versicherungsanstalten für Braunschweig und das Großherzogtum Hessen mit 91 und 71 Zusatzmarken im ganzen Jahre. Die Bezirke der beiden größten Versicherungsanstalten, Rheinprovinz und Königreich Sachsen stehen mit 2161 und 1604 Zusatzmarken an 6. und 10. Stelle. Nur in den Bezirken von 14 Versicherungsanstalten sind mehr als 1000 Zusatzmarken verwendet worden, in den Bezirken von 17 Anstalten sind es weniger als 1000.

Soll die Zusatzversicherung größere Verbreitung finden, so muß sie den Renten der Hinterbliebenen nutzbar gemacht werden. Das Los seiner Angehörigen zu verbessern ist der stärkste Anreiz zur Versicherung.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Eine Monopolerklärung. In der Agitation gegen den Tabaktrust spielt der Monopolgedanke eine bedeutende Rolle. Das Monopol wird als die letzte Folge der Vertrustung bezeichnet. Die Vereinigten Tabak-Zeitungen haben sich, wie das vorher schon von anderer Seite mehrfach geschah, an eine sogenannte maßgebende Stelle gewandt, um einmal wieder zu hören, wie die Regierung zum Monopol oder zur weiteren Belastung der Tabakindustrie stehe. Wer und wo diese „maßgebende Stelle" ist, wird nicht gesagt. Wir wollen bemerken, daß uns diese „maßgebenden" Stellen als wenig maßgebend erscheinen. Maßgebend ist einzig und allein das Geldbedürfnis des Reiches, und das wird täglich riesenhafter. Wir glauben schon, daß die Regierung im Augenblick nicht daran denkt, mehr aus dem Tabak herauszuschlagen, aber sobald sich die Lage im Tabakgewerbe nur etwas wieder gefestigt hat, wird man schon kommen. Immerhin registrieren wir die den Vereinigten Tabak-Zeitungen gewordene Antwort:

Die Regierung kennt die Lage der Branche und weiß, daß sie auf Jahre hinaus der Ruhe bedarf, um die Wirkung der letzten Steuerreformen, insbesondere des Wertzolles, vollständig zu überwinden. Sie hat die tabaksteuerliche Gesetzgebung reformiert, neue Ausführungsbestimmungen und eine neue Zollordnung geschaffen, in die sich die Branche wie die Steuerbeamtenschaft erst hineinwachsen soll, zum Wohle der Branche selbst wie des Staates. Die Regierung hat mit Genugtuung die gesunde Entwicklung ihrer steuerlichen Maßnahmen verfolgt, und erblickt in der heutigen Regelung eine sichere Gewähr für die aus der Tabaksteuergesetzgebung erhofften Erträgnisse. Das gelte besonders von der Zigarettensteuer, die allein jährlich gegen 70 Millionen Mark Steuererträgnisse einbringe. Auch die Ergebnisse der Wertsteuer ließen sich bei einer ständigen Steigerung der Rohtabakeinfuhren befriedigend an, so daß für die Regierung auf unabsehbare Zeiten hinaus nicht die geringste Veranlassung vorläge, eine Aenderung der steuerlichen Belastung des Tabaks eintreten zu lassen, oder gar die Monopolisierung des Tabakgewerbes im allgemeinen oder der Zigarettenindustrie im besonderen anzustreben. Die Regierung sei mit den steuerlichen Erträgnissen aus dem Tabak zufrieden und erachte keinen Grund als vorliegend, durch ein Monopolexperiment die sich in ruhigen Bahnen bewegende steuerliche Entwicklung zu stören, zumal im Parlament für ein Zigarretten- oder Tabakmonopol wenig Stimmung vorhanden sei. Alle gegenteiligen Gerüchte entbehrten jeder tatsächlichen Unterlage und stehe die Regierung diesen völlig aus der Luft gegriffenen Nachrichten vollständig fern.

Ueberarbeit in der Zigarrenindustrie. Das Badische Gewerbeaufsichtsamt hat sich zur Erteilung der Erlaubnis zur Ueberarbeit in der Zigarrenindustrie ablehnend verhalten; es war der Meinung, daß in der Zigarrenindustrie die Voraussetzungen zur Gestattung der Ueberarbeit, wie sie die Gewerbeordnung fordert, nicht vorliegen. Auch wir sind der Meinung, daß in der Zigarrenindustrie von sogenannter Notarbeit, die allein nur die Gestattung von Ueberarbeit rechtfertigt, nicht die Rede sein kann. Nun veröffentlicht die Mannheimer Handelskammer in der Südd. Tabakzeitung folgendes:

„Am 29. Januar hatten wir an das Großh. Ministerium des Innern eine Eingabe gerichtet, in der wir uns dagegen aussprachen, daß das Gewerbeaufsichtsamt sich gegenüber den Arbeitsgesuchen aus der Zigarrenindustrie auf Gestattung von Ueberarbeit grundsätzlich ablehnend verhalte und gefordert, daß von den lokalen im Gesetz vorgesehenen Unterbehörden in jedem einzelnen Falle die besonderen Verhältnisse, das Interesse und die praktischen Bedürfnisse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingehend geprüft werden sollen. Das Ministerium des Innern teilt uns darauf mit, es habe dem Gewerbeaufsichtsamt zu erkennen gegeben, daß es grundsätzliche Ablehnung der Gesuche um Genehmigung von Ueberarbeit in der Zigarrenindustrie nicht für gerechtfertigt erachte. Von der Anhörung des Gewerbeaufsichtsamtes durch die Bezirksämter und Landeskommissäre vor Erteilung der Genehmigung der Ueberarbeit im Rahmen der Ziffer 3 des § 154 B.B. zur Gewerbeordnung, gegen die sich die Kammer ausgesprochen hatte, könne jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen auch künftig nicht abgesehen werden."

Natürlich kann die Regierung nicht dulden, daß die Ausbeutungsfreiheit der Fabrikanten auch nur im geringsten eingeschränkt wird. Wir möchten wissen, womit die Ueberarbeit in den einzelnen Fällen wohl begründet wird.

Zigarettensteuerertrag. Von dem Ertrag aus den verkauften Zigarettensteuerzeichen, der sich auf 40,4 Millionen beläuft, sollen 7,6 Millionen auf Zigaretten mit einem Kleinverkaufspreis bis zu 1½ ₰, 12,6 Millionen auf Zigaretten in der Preislage von 1½ bis 2½ ₰, 8,8 Millionen auf die Zigaretten zum Preise von 2½ bis 3½ ₰, 9,4 Millionen von 3½ bis 5 ₰, 984 600 ℳ von 5 bis 7 ₰, 959 100 ℳ auf Zigaretten zum Preise von über 7 ₰. Mit einem Ertrage von 41,2 Millionen hat die Zigarettensteuer die Erwartungen des Etats, die durch den Ergänzungsetat noch um 1,3 Millionen gesteigert worden waren, weit übertroffen, so daß die im Etat für 1913 erfolgte Anschlagserhöhung um 3,5 Millionen gegenüber dem Etat für 1912 und die im Ergänzungsetat für 1913 vorgenommene Erhöhung des Etatsanschlages um weitere 3 Millionen gerechtfertigt erscheinen dürften.

Verwertung von Tabakstengeln. Auf den Tabakfeldern bleiben nach der Ernte die Stengel der Gewächse (in Norddeutschland nennt man auch die Blattrippen Stengel, die natürlich nicht gemeint sein können) auf dem Felde als wertlos liegen. Ein Mannheimer Rechtsanwalt hat nun ein Verfahren zur Verwertung dieser Stengel erfunden, das auch bereits patentiert worden ist. Der Erfinder will nämlich aus den Stengeln eine Lauge herstellen, die geeignet ist, die in der Landwirtschaft auftretenden tierischen und pflanzlichen Schädlinge zu beseitigen. Die Mittel zur Erbauung einer Fabrik zur Herstellung dieser Tabaklauge sollen bereits vorhanden sein.

Bald so, bald so, wies trefft! Bald spielt die „christliche" Tabakarbeiter-Zeitung die Mitglieder unseres Verbandes gegen den Vorstand aus, bald ist es umgekehrt, gehetzt wird natürlich auf jeden Fall. In Nr. 18 des schwarzen Blattes wird auf die Aeußerungen einiger Eingesandts zur Pensionierung unseres toten Freundes Max Kiesel Bezug genommen und auch eine Stelle aus einem Eingesandt zitiert. Das Blatt knüpft daran u. a. die Bemerkung: „So spricht einer von vielen, die im roten Verband ebenso denken und es z. T. in ähnlichen Zuschriften ausgesprochen haben. Ein neuer Beweis dafür, daß die materialistische Erziehung und Denkweise eine schreckliche Selbstsucht auslöst. Diese Leute kennen nur ihre eigenen Interessen, schimpfen und toben gegen die „Ausbeuter" und erstreben den Umsturz alles Bestehenden. Wo sie aber selbst einmal in die Lage versetzt werden, gegen andere sozial und brüderlich zu handeln, verfallen sie in den brutalsten Herrenstandpunkt." Gemach, Tante Christin! Fast bei allen Eingesandts im Tabak-Arbeiter hat es sich um den Grundsatz gehandelt, ob Vorstand und Ausschuß eine statutenmäßige Handhabe zur Gewährung der Pension hatte; die meisten Einsender haben betont, daß sie im vorliegenden Falle nichts geändert wissen wollen. Das ist nun bei uns einmal Sitte, daß die Mitglieder ihre Meinung im Verbandsorgan zum Ausdruck bringen. Wir halten mit unseren Angelegenheiten eben nicht hinterm Busch. Wenn nach der christlichen Tante ein Einsender „zynisch" geworden ist und ihr zu den obigen Hetzbemerkungen Anlaß gab, so sollte sie wissen, daß die von ihr gekennzeichnete Erziehung und Denkweise leider noch nicht in die Köpfe und Herzen aller Arbeiter eingedrungen ist; es ist die materialistische Erziehung und Denkweise kapitalistischer Rücksichtslosigkeit, die leider noch die Gemüter allzusehr beherrscht. Das Christenorgan sollte wissen, daß wir in der Zeit, wo die kapitalistische Rücksichtslosigkeit dem gesellschaftlichen Leben den Stempel aufdrückt, nicht vollkommene Erziehungsprodukte unserer, auf der Solidarität begründeten Anschauung, erwarten können. Ist die Weltanschauung, die das Christenblatt propagiert, so herrlich, so müßte ja in ihren Kreisen jeder ein Engel sein. Aber . . . . ! Wir wünschen nur, daß überall so viel Brüderlichkeit und soziales Empfinden zu sehen wäre, als in den Reihen derer, die mehr oder weniger sich freigemacht haben von der kapitalistischen Sklavenmoral. Aber wie gesagt: noch ist das Leben leider nicht beherrscht von der Ethik einer besseren Gesellschaftsordnung, und deshalb, verehrte Christin! Sünder hüben und drüben, die alle Produkte der selbstsüchtigen kapitalistischen „Ordnung" sind.

Bewegungen im Beruf.

Kopenhagen. Die Lohnbewegung in der dänischen Zigarrenindustrie dauert fort. Die bis jetzt geführten Verhandlungen verliefen resultatlos. Wahrscheinlich wird es zur Arbeitseinstellung kommen. Vor Zuzug nach **Dänemark** wird deshalb streng gewarnt.

Amsterdam. Die Aussperrung in der holländischen Zigarrenindustrie dauert fort. Vor Zuzug nach **Holland** wird deshalb streng gewarnt.

Hamburg. Die Bewegung bei der Firma „Upas Antiaris", Inh. E. Hirschfelder, Zigarettenfabrik, ist beendet. Die Firma erhöhte die Löhne der Zigarettenmacher um 50 ₰ bis 1 ℳ pro Tausend. Der Lohn für runde Zigaretten o. M. beträgt nunmehr 2,70 bis 3,50 ℳ, für runde Zigaretten m. M. 3 ℳ und für flache Zigaretten 3,75 bis 5 ℳ pro Tausend. Die Akkordlöhne für Zigarettenpacken betragen 15, 20 und 25 ₰ pro Tausend, und der Anfangslohn für ungelernte Arbeiterinnen 12 ℳ pro Woche. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 52 Stunden. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

Schneverdingen (Prov. Hann.) Nach eingeleiteter Bewegung erhöhte die Firma A. Bolling den Minimallohn von 8,50 ℳ auf 9 ℳ pro Mille. Die Löhne betragen nunmehr 9 bis 13 ℳ pro Mille.

Karlsruhe. Die Firma Knippenberg & Linden erhöhte infolge eingereichter Forderungen die Löhne der Zigarrensortierer bei zeitigen anderen Arbeitserleichterungen um 5 ₰ bei 2 Sorten unsortierte, auf Bretter gepreßt, um 10 ₰ bei 10 Sorten zwanzigstel Packung, um 20 ₰ bei 3 Sorten zwanzigstel Packung und um 40 ₰ bei 3 Sorten vierzigstel Packung.

Treffurt (Prov. Sachsen). Bei der Firma „Roland", Inh. Herm. Ritter, waren wegen Einstellung unorganisierter Sortierer Differenzen ausgebrochen, die nunmehr als erledigt zu betrachten sind. Die Firma erklärte sich bereit, bei Bedarf von Sortierern den Arbeitsnachweis zu benutzen und traf die Einrichtung, daß den älteren Sortierern und Sortiererinnen die Partien zum sortieren auf den Platz gebracht werden. Für die Kistenmacher wird ein Papierschneider angestellt und Lieferung besseren Holzes zugesagt. Die Reinigung des Betriebes erfolgt nach Schluß der Arbeitszeit. Die eingestellten unorganisierten Sortiererinnen schlossen sich dem Verbande an.

Hamburg. Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der Zuzug nach Hamburg und Umgegend fernzuhalten.

Rheinfelden (Schweiz). Alle Tabakarbeiter, welche gewillt sind, hier in Arbeit zu treten, werden ersucht, vorher beim „Vorstand der Tabakarbeiter-Gewerkschaft Rheinfelden" Erkundigungen einzuziehen. Den deutschen Kollegen können wir die vorherige Nachfrage nur dringend empfehlen, wenn sie sich vor Nachteilen schützen wollen.

Berichte.

Karlsruhe. Am 19. April fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1913; 3. Vortrag des Kollegen Heising über die Lage im Tabakgewerbe und die Notwendigkeit einer Reorganisation des Verbandes; 4. Kartellbericht; 5. innere Angelegenheiten. Zum ersten Punkt gibt der Vorsitzende bekannt, daß sich 6 Kollegen zur Aufnahme gemeldet haben; Einwendungen gegen die Aufnahme werden nicht gemacht. Die Abrechnung wird vom Kollegen Burkart gegeben. Dieselbe bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 449,56 ℳ. Die Lokalkasse hatte eine Bilanz von 167,13 ℳ. Kollege Heller gibt den Revisionsbericht, worauf dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. Dann referierte der Gauleiter Ad. Heising über das Thema: „Die Lage im Tabakgewerbe und die Notwendigkeit einer Reorganisation des Verbandes." Er führte Nachstehendes aus: Das Tabakgewerbe gehöre zu jenen Gewerben, die am meisten allem Ungemach durch Steuermaßnahmen und den jeweiligen Schwankungen des allgemeinen Wirtschaftslebens ausgesetzt seien und unangenehm zu verspüren bekomme. Auch die gegenwärtige politische Lage und die Kriegswirren bringen schwere Schädigungen für unsere Verbandsmitglieder mit sich und haben eine Umwälzung in den verschiedensten Produktionsgebieten gezeitigt. Die Fabrikation werde aus Gegenden mit besserer Lohnzahlung nach den Bezirken mit den niedrigsten Lohnsätzen verlegt. Die großen Mehrbelastungen durch indirekte Steuern und Zölle lasten schwer auf der gesamten Arbeiterschaft und drücke ihre Kaufkraft herunter. Die Tabakarbeiter habe man doppelt schwer getroffen, indem man die Rohprodukte mit hoher Inlandssteuer, mit Zöllen und vor allen den Wertzoll belegte. Hierdurch sei eine gewaltige Krise entstanden, die in Dauer und Umfang alle früheren Krisen übertreffe. Gewaltige Massen von Berufskollegen sind arbeitslos, und keine Aussicht auf Besserung mache sich bemerkbar; im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit nehme zu. Die Steigerung der Lebensunterhaltskosten sei enorm. Im Jahre 1900 machte sich für eine fünfköpfige Familie ein Aufwand von mindestens 20,98 ℳ pro Woche notwendig. Durch die Mehrbelastungen seit dem Jahre 1903 bis 1909 in Summe 2 Milliarden Mark seien die Unterhaltungskosten für eine gleichgroße Familie auf 26,88 ℳ gestiegen. Es müsse konstatiert werden, daß die Steigerung der Wochenverdienste in den meisten Branchen nicht Schritt gehalten hat mit der Mehrbelastung, daß also ein Ausgleich nicht herbeigeführt worden ist. Wenn man aber die Jahresverdienste der Tabakarbeiter betrachte, dann ergebe sich eine gewaltige Verschlechterung. Das Durchschnittsjahreseinkommen eines Vollarbeiters der Tabakindustrie betrage nur 630 ℳ im Jahr, also ist im Verhältnis zur Steigerung der Preise ein Rückschritt anstatt Fortschritt das Resultat. Das ist die Folge der Tabakbesteuerung und der Profitgier der Arbeitgeber unseres Berufes. Letztere tragen einen großen Teil Schuld an der Einführung des Tabakwertzolls, in allererster Linie die großindustriellen Unternehmer. In der Zigarrenindustrie sei Produktionsstillstand, wenn man die Zunahme der Bevölkerung in Betracht ziehe. 1875 wurden schon 5234 Millionen Zigarren angefertigt, 1903 7384 Millionen, 1911 nur 8000 Millionen. Auch die Statistik der Tabakberufsgenossenschaft lege dafür Beweis ab; danach sind die Betriebe 1911 um 81 gegen 1910 zurückgegangen. Die Zunahme der Arbeitskräfte um zirka 6000 im Jahre 1911 sei kein Beweis für gesteigerte Produktion. Feststehend sei, daß seit 1909 eine größere Anzahl von männlichen Arbeitern unserer Branche den Rücken kehrten, weil sie bei den Hungerlöhnen kein Auskommen mehr fanden. Nur allein die weiblichen Arbeitskräfte kommen noch auf das Konto der Zunahme, die aber in vielen Fällen nur als halbe und dreiviertel Arbeitskräfte zu betrachten sind. Das sei das Ergebnis einer „fürsorglichen" Regierung und der Mehrheitsparteien im Reichstag von 1909. Eine gewaltige Mehrbelastung des Tabaks und der Tabakprodukte zeige sich in nachstehenden Zahlen: 1901 bis 1902: 68,1 Millionen, 1911 bis 1912: 165,1 Millionen. Hierbei sei zu konstatieren, daß durch den 40prozentigen Tabakwertzoll mehr als eine Verdoppelung der Belastung eintrat, und zwar von 51,9 Millionen auf 109,2 Millionen Mark. In dieser Steigerung der Preise für ausländischen Rohtabak liege zum Teil der Stillstand der Produktion in Zigarrenfabriken, und die sich vollziehende Umwälzung, verbunden mit der Fabrikationsverlegung begründet. Die Herstellung der billigen Zigarre in annehmbarer Qualität sei kaum noch möglich. Der Raucher der billigen Zigarre könne wegen seiner miserablen Existenzbedingungen keine Mehraufwendungen machen. Die Fabrikanten suchten sich diesen Umständen anzupassen und ließen Rippen als Einlagen verarbeiten, diese, den Raucher nicht mundende Zigarre wurde an allen Stellen zurückgeschoben und blieb liegen. Ein Teil der Raucher legt 1 bis 2 ₰ pro Stück mehr an, raucht aber dafür in der Woche einige Zigarren weniger. Ein großer Teil Raucher billiger Zigarren ist zur Zigarette übergegangen. Aus allen diesen Gründen entstand eine geringere Nachfrage nach Zigarren und ein Ueberangebot von Arbeitskräften, die überschüssig geworden waren und es auch bleiben werden. Die Zigarette habe sich auf Konto der Zigarre riesigen Eingang verschafft. Nachstehende Zahlen seien Beweis dafür. Gleichzeitig wolle er, Redner, aber bemerken, daß nur eine geringe Zunahme an menschlicher Arbeitskraft in der Zigarettenbranche zu konstatieren sei. Die Mehrproduktion falle auf die Einführung von Zigarettenmaschinen. Es wurden in Deutschland an Zigaretten produziert: 1875: 152 Millionen Stück, 1877: 187 Millionen, 1903: 3,2 Milliarden, 1908: 5,6 Milliarden, 1910: 8,3 Milliarden, 1911: 9,5 Milliarden Stück. Die Fabrikanten, die sich bislang mit der Herstellung billiger Zigarren befaßten, suchen ihre Unternehmungen jetzt durch Herstellung besserer Fabrikate rentabel zu halten, zahlen aber für solche Arbeiten einen niedrigeren Lohnsatz pro Mille, und führen herabgesetzte Konkurrenzverkaufspreise ein. Sie nehmen sich die norddeutschen Unternehmer zum Vorbild, welche zuerst mit der Verlegung der Fabrikation begonnen haben, und zwar mit denselben Motiven, d. h. die Löhne herunterzupressen, wie uns die 70er, 80er und 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts gezeigt haben und wie sie es auch jetzt wieder machen. Bei dieser wilden Wirtschaft auf dem Handelsmarkt werde der gesamten Tabakarbeiterschaft gewaltiger Schaden durch Verlegung der Arbeit und Herabsetzung der Löhne gebracht. Diesem Treiben müsse Einhalt geboten werden. Das könne aber nur geschehen, wenn wir der Fabrikationsverlegung folgen und mit der Organisation dort eindringen, wo die Ausbeutungsgefilde mit ihren niedrigen Löhnen sich befinden. Das ist in der Hauptsache der Osten und der Süden des Deutschen Reiches. Selbstverständlich erfordert das gewaltige Mittel, welche aber im Interesse einer bessern Lohnzahlung für die Tabakarbeiterschaft notwendig sind. Daher muß das Bestreben aller Verbandsmitglieder dahin gerichtet sein, mehr Mittel für den Kampffonds bereit zu stellen. Eine Reorganisation der Unterstützungseinrichtungen müsse die dringendste Aufgabe aller Verbandskollegen sein. Im Kampf liegt das sichere Mittel zur Verbesserung unseres Lohn- und Arbeitsverhältnisses; deshalb die Notwendigkeit zur Reorganisation unserer inneren Einrichtungen. Die Tabakarbeiter müssen sich die starken Berufsorganisationen zum Vorbild nehmen, welche Zweidrittel ihrer Einnahmen für den Kampffonds bereitstellen und nur ein Drittel für sonstige Unterstützungseinrichtungen ausgeben. Am Schlusse seines Referats empfiehlt Redner folgende Resolution, die auch einstimmig angenommen wurde: „Durch Annahme des Tabakwertzolles und der erhöhten Inlandssteuer wurde die Herstellung einer guten Zigarre in den billigen Preislagen stark erschwert und ihr Absatz bedeutend vermindert. Als Folge dieser Tatsache, die jetzt erst deutlich in Erscheinung tritt, macht sich ein starker Mangel an Arbeitsgelegenheit bemerkbar, welcher mit längerer Arbeitslosigkeit für die Tabakarbeiter verbunden ist. Die Arbeitgeber in Bezirken mit niedrigen Lohnsätzen machen sich diese Gelegenheit zunutze und lassen Zigarren in besseren Preislagen unter herabgedrückten Löhnen anfertigen, um die Konkurrenz auf dem überfüllten Warenmarkte in verschärftem Maße betreiben zu können. Diese Veränderung im Fabrikationsprozeß beantworten die Fabrikanten in Nord- und Mitteldeutschland mit Verlegung ihrer Fabrikation nach dem Süden und Osten des Reiches in der bestimmten Absicht, ebenfalls die Löhne zu kürzen. Diese Umstände bewirken eine schwere Schädigung unserer Verbandsmitglieder in ihren Existenzverhältnissen und haben eine weitere Herabdrückung der Löhne zur Folge. Um diesen so verursachten Schädigungen mit Erfolg entgegenzutreten und für eine Verbesserung kämpfen zu können, ist es notwendig, daß sich unser Verband mit seiner Taktik der veränderten Lage im Gewerbe anpaßt und Sorge trägt, mehr Mittel für kommende Kämpfe bereitstellen zu können. Die Versammlung stellt an den Vorstand das dringende Ersuchen, dem nächsten Verbandstage einen Statutenentwurf vorzulegen, durch den es ermöglicht wird, mehr Mittel für die Lohnkämpfe bereitzustellen." Punkt 4 und 5 wurden der vorgerückten Zeit halber von der Tagesordnung gestrichen. Der Vorsitzende gibt noch bekannt, daß am 4. Mai der Gesangverein Vorwärts einen Ausflug macht nach der Hedwigsquelle, woran die Tabakarbeiter sich beteiligen sollen. Für die Ausgesperrten in Holland wurden 20 ℳ bewilligt.

NB. Wer in Buttenhausen bei Karlsruhe in Arbeit zu treten gedenkt, hat sich zuvor an den Kollegen Otto Kersten, daselbst, zu wenden.

Leipzig. Mitgliederversammlung vom 19. April. Auf der Tagesordnung steht: 1. Wahl eines 1. Bevollmächtigten; 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1913; 3. Verbandangelegenheiten; 4. Verschiedenes. Als 1. Bevollmächtigter wird Karl Busch vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Damit machte sich die Wahl eines anderen Kartelldelegierten notwendig, da Kollege Busch bisher unsere Zahlstelle im Kartell vertrat. Es wurde hierfür Kollege Opitz gewählt. Der 2. Bevollmächtigte gibt den Kassenbericht und verliest die Abrechnung. Auf Antrag der Revisoren erfolgt einstimmig Entlastung des Kassierers. Beim 3. Punkt beklagt sich der Sektionsleiter der Sortierer über einen Teil der Kollegen, welche ihm bei der Ausübung seiner Funktion als Sektionsleiter allerhand Schwierigkeiten bereiteten und die in einer Fabrikversammlung gefaßten Beschlüsse betr. Regelung beim Aussetzen der Arbeit zu umgehen suchen. Nach einer lebhaften Diskussion, welche sich in der Hauptsache mit Ort und Zeit der Meldepflicht und Kontrolle von arbeitslosen oder die Arbeit aussetzenden Kollegen beschäftigte, wurde beschlossen, beim Kollegen Born, Brüderstraße, eine weitere Kontrollstelle einzurichten. Hieran schloß sich eine rege Aussprache über den § 9 unseres Statuts und seine Auslegung durch den Vorstand. Die Besprechung dieser Angelegenheit wurde, da noch manches anderes erledigt werden mußte, der vorgerückten Zeit wegen abgebrochen. Es wurde beschlossen: den § 9 und seine Auslegung durch den Vorstand als besonderen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Der Vorsitzende teilt der Versammlung mit, daß sich die vereinigten Zigarrenhändler, unter welchen sich auch Fabrikanten befinden, zu einem lebhaften Protest gegen den amerikanischen Tabaktrust rüsten und dazu auch die Tabakarbeiter mobil zu machen suchen, indem sie an uns herangehen und uns zu tüchtiger Mitarbeit im Verbreiten von Flugblättern, welche in Massen verteilt werden sollen, und zum Besuch der Protestversammlungen auffordern. Die Kollegen lehnten jedoch jede Beteiligung an der Protestbewegung ab, da die Vereinigung der Zigarrenhändler den wirtschaftlichen Kämpfen der Tabakarbeiter bisher stets gleichgültig gegenüber gestanden und für die Hebung ihrer traurigen Lage nicht das mindeste Interesse gezeigt haben. Nach einigen weiteren Mitteilungen erfolgte Schluß der Versammlung. Kolleginnen und Kollegen! Die Versammlung war wieder miserabel besucht. Ist es euch nicht möglich, im Vierteljahr einmal in die Versammlung zu kommen? Wenn ihr das nicht fertig bringt und euer Interesse an der Gewerkschaftsbewegung so schwach ist, dann fragt euch selbst, ob ihr für ernste Gewerkschaftler gelten könnt!

Wattenscheid. Am 20. April fand hier eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung; 2. Wahl eines Kartelldelegierten; 3. Stellungnahme zum Aktionsausschußmitgliede; 4. innere Verbandsangelegenheiten. Da aber die Mitglieder durch Abwesenheit glänzten und nur der Vorstand und ein Mitglied anwesend waren, konnte die Versammlung nicht abgehalten, viel weniger noch ein Beschluß gefaßt werden. Es ist an der Zeit, daß endlich gegen das Fernbleiben von den Versammlungen Front gemacht wird. Betont sei hierbei, daß doch nur in jedem Vierteljahr eine Versammlung stattfindet und wegen der geringen Mitgliederzahl mit jedem einzelnen Kollegen gerechnet werden muß. Mehr noch sind aber hiermit die Kollegen vom Orte gemeint, da die Abwesenheit der Auswärtigen eher zu berücksichtigen ist. Gewisse Kollegen kritisieren öfters auf der Fabrik Verbandsangelegenheiten, gerade für diese wäre es angebracht, wenn sie ihre Anträge der Versammlung vorlegten, daß hierüber ein Beschluß

gefaßt werden könnte. Da nun dringende Angelegenheiten zu erledigen sind, soll in nächster Zeit eine außerordentliche Versammlung stattfinden. Es wäre wünschenswert, wenn die Kollegen für die Zukunft diese Mahnung beherzigen würden.

Hamburg-Altona. Eine öffentliche Zigarettenarbeiterversammlung, die von der Sektionsleitung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes einberufen war, tagte am 24. April. Der Gauleiter Rudolph Hackelberg referierte über die Tarifbewegung in der Zigarettenbranche am Platze. Der Redner erläuterte das Wesen der Tarifverträge und setzte die Vorteile günstiger Verträge im Gegensatz zu ungeregelten Arbeitsverhältnissen auseinander. Gerade für die Zigarettenbranche seien Regelungen am notwendigsten. Bei Tarifabschlüssen könne zunächst das jämmerliche System der verschiedenen Entlohnung gleicher Arbeiten abgeschafft, und wenn auch nicht immer gleich wesentlich erhöhte Löhne erreicht, so doch Lohnreduktionen bei ungünstigem Geschäftsgang verhindert werden. Bis jetzt hätten Tarifverhandlungen mit zwei der bedeutenderen hiesigen Zigarettenfirmen stattgefunden. Bei der Firma Upas Anitaris (Inhaber: Erwin Hirschfelder) sei es mit dem 1. April dieses Jahres zum Abschluß gekommen, der für die Zigarettenarbeiter eine ganz wesentliche Erhöhung der bisherigen Löhne gebracht habe. Der Mindestlohn für flache Zigaretten betrage 3,75 M, für Mundstückzigaretten 8 M und für runde Zigaretten ohne Mundstück 2,70 M pro Mille. Den ungelernten Arbeitern und Arbeiterinnen (Packer, Banderolierer, Maschinenmädchen usw.) sei ein Mindestlohn von 12 M pro Woche garantiert. Die Arbeitszeit sei eine neunstündige. Nach zweijähriger Tarifdauer trete für alle Arbeiter eine fünfprozentige Lohnerhöhung ein. Redner erklärt, daß unter den obwaltenden Umständen die Zugeständnisse der Firma als annehmbare zu bezeichnen seien. Allerdings wären die Erfolge bedeutender gewesen, wenn die Zigarettenarbeiter besser organisiert gewesen wären und sich in den letzten Jahren nicht Lohnreduktionen bei verschiedenen Firmen gefallen lassen hätten. Der Redner geht dann auf die Gefahren ein, die durch das überhandnehmende Schleuderunwesen in der Zigarettenindustrie und dem Zigarettenhandel auch für die Arbeiter entstehen. Es sei ein Irrtum, wenn man etwa meine, daß die Sache nur die Unternehmer angeht. Die Arbeiter der Zigarettenbranche seien schließlich die Geschädigten, da das Unterbieten der Händler und Fabrikanten die letzteren zu Lohnreduktionen reize, die sich bei einem schlechten Organisationsverhältnis leicht durchführen ließen. Ebenfalls werde durch die Schleuderei der anständige Händler, der in höheren Preislagen nur Handarbeit führe und seinen Kunden auf Verlangen nur Handarbeit verabfolge, schließlich auch gezwungen, ausschließlich Maschinenware zu führen. Wohl sei es verkehrt, sich gegen die Maschinenarbeit in der Zigarettenindustrie zu wenden; aber gesagt müsse doch werden, daß die Maschine die Arbeit eines geschickten Handarbeiters nicht ersetze und es durchaus nicht im Interesse der Arbeiterschaft und der Konsumenten liege, wenn Maschinenware für Handarbeit verkauft wird. Mit einem Appell an die Versammlung, sich fleißig an den Agitations- und Organisationsarbeiten des Verbandes zu beteiligen, schließt Redner seinen Vortrag. Nachdem noch über eine vom Tabakarbeiterverband beschlossene Statistik für die Zigarettenbranche gesprochen worden war, erfolgte Schluß der verhältnismäßig gut besuchten Versammlung.

Geldern. In der am 27. April stattgefundenen Mitgliederversammlung gab zunächst Kollege Pricken die Abrechnung vom 1. Quartal für die Zahlstelle und die Lokalkasse. Ihm wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Sodann hielt Gauleiter Klein einen Vortrag über das Thema: Was lehren uns die in letzter Zeit stattgefundenen wirtschaftlichen Kämpfe? Redner ging aus von den Unternehmerorganisationen, die sich in den letzten Jahren so stark entwickelten und sich jetzt zu einer einheitlichen Organisation, die sämtliche Lokal-, Bezirks- und Berufsorganisationen umfasse, zusammengeschlossen hätten. Bei den Arbeitern sei man noch immer der Meinung, daß es bei dem Beitritt zu den Organisationen auf die Konfession ankomme. Von den Unternehmern könnten die Arbeiter aber in dieser Hinsicht lernen, denn da seien Katholiken, Evangelische, Juden und Ungläubige zusammen, um ihre kapitalistischen Interessen wahrzunehmen und gegen die Arbeiter zu wirken. Unzweifelhaft spitzen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse von Tag zu Tag zu. Der kleinen Kämpfe werden immer weniger. Auch in unserer Industrie zeige sich die Entwicklung in dieser Richtung. Die Aussperrung in Westfalen, die uns etwa 1½ Millionen Mark gekostet habe, sei ein Beweis dafür. Natürlich werden in Zukunft an unsern Verband höhere Ansprüche gestellt werden, seine Aufgaben werden größer. Wir würden der Situation nicht gewachsen sein, würden wir nicht mehr als je danach streben, unsern Verband zur leistungsfähigen Kampforganisation zu machen, die allen Ansprüchen gewachsen ist. Redner besprach dann einige Fälle der christlichen Organisationstaktik, so die Mendener Metallarbeiteraussperrung, den Kampf der Buchbinder in Kevelaer. In letzterem Orte haben sich die frommen katholischen Unternehmer nicht geniert, ihre Glaubensgenossen aufs Straßenpflaster zu setzen. Leider seien beide Kämpfe durch die verräterische Taktik der christlichen Arbeiterführer ohne Resultat für die Arbeiter verlaufen. Natürlich können Organisationen, die so handeln, auch nichts erreichen und hätten das Recht verwirkt, sich als Arbeiterorganisationen zu betrachten. Den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen können ernstlich nur unsere Organisationen führen, und was unsern Verband betrifft, so sollen wir ihr, sagte der Redner zum Schluß, nach Kräften zu stärken und seinen Kampfcharakter zu heben suchen. Kollege van Wickeren schloß sich den Ausführungen des Gauleiters an und wies an der Hand der Zahlstellenabrechnung nach, daß wir zu viel für die Unterstützungsleistungen aufwenden. So hätte die Zahlstelle für Arbeitslosenunterstützung 124 M und für Krankenunterstützung 157 M in diesem Quartal ausgegeben; daß unter solchen Umständen nicht viel Mittel zur Erfüllung unserer höchsten Aufgabe, Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgegeben werden könne, sei erklärlich. Deshalb sei es unsere Pflicht, auf eine Reorganisation, bezw. Aenderung unseres Statuts zu dringen; es müssen unbedingt mehr Kampfmittel geschaffen werden. Eine in diesem Sinne abgefaßte Resolution wurde einstimmig angenommen. Beim 3. Punkt der Tagesordnung, wo es sich um eine Aenderung der Lokalkasse handelt, entspann sich eine lebhafte Debatte, an der sich von den Verwaltungsmitgliedern besonders die Kollegen Malo und Wirtz beteiligten. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt: Die Kranken erhalten aus der Lokalkasse nach einwöchentlichem Kranksein, sofern sie anderswo nichts bezogen haben, 4 M, arbeitslose Mitglieder, die nicht durch eigenes Verschulden arbeitslos geworden sind, erhalten aus der Lokalkasse wöchentlich 1 M, und zwar so lange, als sie durch ihre Mitgliedschaft im Verbande sich ein Recht auf Unterstützung erworben haben. Es wurde dann einem durch längeres Kranksein in Not geratenen Kollegen eine einmalige Unterstützung von 20 M gewährt. Bemerkt sei, daß wieder viele Kollegen durch Abwesenheit glänzten. Womit wollen diese ihre Abwesenheit entschuldigen? Wie wir unsere Versammlungen im Lokal „Zu allen Winden" abhielten, wo Behandlung des Personals und Bedienung der Gäste zu wünschen übrig ließen, (?) so haben wir jetzt nicht mehr nötig, den öffentlichen Wetterdienst für unsere Versammlungen in Anspruch zu nehmen und uns danach zu richten. Also gibt es keine Entschuldigung für das Fernbleiben. Besuchen wir also unser neues Lokal, wenn wir das Bedürfnis haben, irgendwo ein Glas Bier zu trinken oder Freunde zu treffen. Vor allem aber kommt zur Versammlung und zwar pünktlich!

Hamburg-Altona. Mitgliederversammlung am 27. April. Ramsbrock spricht den Wunsch aus, die Versammlungsberichte für die Folge etwas ausführlicher abzufassen. Die vom Kassierer Ramcke verlesene Abrechnung für das erste Quartal wies eine Einnahme von 40 665,86 M auf, hierunter 15 000 Mark Zuschuß von der Hauptkasse. Die Ausgabe betrug 42 207,25 M, hierunter für Arbeitslosenunterstützung 29 916,90 M, für Krankenunterstützung 8302,15 M. Den Geschäftsbericht erstattete Ostertag. Die Zahl der Arbeitslosen habe eine nie geahnte Höhe angenommen. Gegenwärtig seien 326 unserer Mitglieder arbeitslos. Weiter verbreitete sich Ostertag über die Frequenz unseres Arbeitsnachweises, sowie über das Ergebnis der in Hamburg und Altona kürzlich stattgefundenen Gewerbegerichtswahlen. Am Schlusse seiner Ausführungen kommt Redner auf den in der Nacht vom 19. zum 20. April dieses Jahres in unserem Bureau verübten Einbruch zu sprechen, wobei den Dieben leider 2800 M in die Hände gefallen wären. Dieses Vorkommnis zeitigte eine lebhafte Debatte. Die Kollegen Becker, Kapper, Beggerow, Fresemann, Düring und Barmeier tadeln in mehr oder minder scharfen Ausführungen die Nachlässigkeit der Verwaltungsmitglieder. Es sei unverständlich, daß den Dieben eine solch hohe Summe in die Hände fallen konnte. Das Geld hätte vorsichtshalber auf Girokonto belegt werden müssen. Dieses gebiete schon die ganze Lage unserer Bureauräume. Die Verwaltungsmitglieder Ostertag, Ramcke und Sander gehen auf die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner ein und weisen nach, daß deren Behauptungen auf recht schwachen Füßen ständen. Die Verwaltung hätte schon von längerer Zeit den Beschluß gefaßt, die flüssigen Gelder auf Girokonto zu belegen; wenn dieses auch für uns mit vielen Umständen verbunden sei, so wäre dieser Beschluß trotzdem ausgeführt worden. Daß dieses nicht der Fall sei, habe lediglich seinen Grund darin, daß man streng darauf gehalten habe, möglichst wenig Geld im Bureau zu haben. Zu der Zeit des Einbruchs sei durch Verkettung verschiedener Umstände eine größere Summe als sonst im Bureau vorhanden gewesen. Es sei Vorsorge getroffen, daß für fernere Zeiten im Bureau kein Bargeld mehr verwahrt würde. Nachdem sich noch Gauleiter Hackelberg zu der Angelegenheit geäußert, wurde die Debatte beendet. Ein von Kapper gestellter Antrag, welcher dahin ging, die Verwaltungsmitglieder für die gestohlene Summe haftbar zu machen, wurde gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. Wegen vorgerückter Zeit wurden die weiteren Verhandlungspunkte bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Stadtoldendorf. Am 1. Januar d. J. traten sechs hiesige Kollegen dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband, Zahlstelle Braunschweig, bei. Im 2. Quartal gewannen wir dann auch die einzige weibliche Kollegin. Leider konnte es uns bis jetzt nicht gelingen, den einzigen noch rückständigen Kollegen zum Beitritt zu bewegen. Mit ganz gleichgültigen Phrasen stellt er sich der Organisation entgegen. Der Mann ist schon hochbeglückt, wenn ihn der Fabrikant zum 10jährigen „Dienstjubiläum" eine Flasche Wein schenkt. Auf Gnadengeschenke reflektieren organisierte Arbeiter allerdings nicht, sie fordern anständige Löhne und verzichten auf Extravaganzen. Der Herr Fabrikant sagte in bezug auf den schwächlichen Zustand des betr. Kollegen: Wenn ein Mensch lange Zeit bei ihm gearbeitet habe, und kein Aufhetzer gewesen sei, so würde er denselben bei Arbeitsunfähigkeit auch nicht im Stich lassen. Diese Worte scheint sich der Kollege sehr zu Herzen genommen zu haben. Wir aber rufen ihm zu: Verlaß dich nicht auf schöne Worte, es hat sich schon mancher am Ende täuschen lassen müssen, sondern schließ dich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband an! Im Verbande kämpfen alle ehrlich für die Verbesserung ihrer Lage. Am Sonntag, den 27. April, waren zwei Kollegen von hier nach unserm Nachbarort Merxhausen zur Agitation und kehrten mit gutem Erfolg freudig zurück; sie hatten von 8 Kollegen, von denen einer bereits der Organisation angehört, noch 3 Kollegen zum Beitritt gewonnen. Hoffentlich fällt dieser Samen auf fruchtbaren Boden. Ist doch auch hier in unserer Gegend unsere Branche die niedrigst bezahlte, z. B. in Merxhausen 7 M ohne Zurichtung, vom Material überhaupt nicht zu reden. So hoffen wir nun, in kurzer Zeit hier in St. eine Zahlstelle zu gründen. Darum Kollegen! Haltet fest zu unsrer Sache, dann werden auch uns einst bessere Tage kommen.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Eisenach: Aber hier ist ein Bericht aus Eisenach nicht eingegangen, deshalb konnte er auch nicht in der genannten Nummer veröffentlicht sein.

Nach Jüterbog: Festberichte werden nicht aufgenommen.

LISTE UBER GEBRAUCHTE WICKEL-FORMEN 203 ERHALTEN SIE KOSTENLOS DURCH L. COHN & Co. BERLIN 24 BRUNNENSTR. 24

Rohtabakgeschäft Otto Brandes
BREMEN, Westerstrasse 96
Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zigarrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

W. Hermann Müller
Berlin, Magazinstr. 14.
Neu eingetroffen! Neu eingetroffen!
Krian Vorstenlanden Kehrdecker No. 7316 1. Länge Vollblatt, helle stumpfe Farben per Pfund Mark 3.50 verzollt.
Tingi Bezoeki-Umblatt No. 7294, ff. Qualität, 1. Länge per Pfund Mark 1.65 verzollt.
Verlangen Sie meine neueste Rohtabak-Preisliste!
Ferner empfehle
Gebrauchte Formen
in sehr vorteilhaften Facons je nach Ausfall von Mk. 0.40 per Stück an
Bemusterte Offerte sofort gratis und franko
Für Uterfüllen Musterzimmer u. Verkaufslager in Hamburg: S. Buchthal, Hamburg, Stadthausbrücke 37.

Das Hamburger
Roh-Tabaklager
in Seesen am Harz
Inh. John Levie
empfiehlt sein besonders reichhaltiges Lager in sämtlichen überseeischen Tabaken und garantiert für nur tadellos brennende und schmeckende Ware. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Verlangen Sie Kataloge.
Formen in grosser Auswahl.

Borrmann & Specht
Rohtabak * Bremen
empfehlen in hervorragenden Qualitäten und sehr preiswert:
Sumatra-Decker, 2. Länge Vollblatt, mittelfarbig und von großer Deckkraft, Pfd. 2.40 M, hellfarbig und leicht, sehr fein, Pfd. 2.80 M.
Vorstenland-Decker, hellfarbig, sehr leicht, Pfd. 2.90 M.
Felix-Decker, das Feinste in Brand u. Aroma, Pfd. 2.60 u. 2.95 M.
Als Ersatz für Brasil-Decker allerfeinste dunkle Vorstenland-Decke größte Deckkraft, Pfd. 1.90 M.
Carmen-Umblatt Ia. Ia., das Beste, was es hierin gibt, großes, volles, zartes Blatt, Pfd. 1.60 M.
Domingo-Umblatt, sehr zu empfehlen, Pfd. 1.45 M.
Domingo-Umblatt und -Einlage, trocken und leicht, Pfd. 1.15 M.
Java-Umblatt, beste Qualität, großes volles Blatt, Pfd. 1.40 M.
Java-Einlage, sehr blattig u. feinschmeckend, Pfd. 1.15 M.
Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt, einschließlich Wertzoll. Versand nur gegen Nachnahme.

H. Edling
Bremen, Fernspr. 5482
— anerkannt reelle, billige — Bezugsquelle sämtlicher Tabake
empfiehlt
Sumatra-Decker (schneeweißer Brand) 180, 200, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500 ℳ
Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140, 150, 160, 170 ℳ, Stückblatt 130, 140, 150 ℳ
Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 ℳ, (mittel) 200, 230, 240, 250 ℳ
Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 ℳ
Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115 ℳ
Vorstenland-Decker 180, 200, 230, 240, 260, 270, 300, 320, 350 ℳ
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240 ℳ
Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 ℳ
Geschnittene Einlage 110 ℳ
Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 130, allerfeinstes Umblatt 140 ℳ
Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130 ℳ
Seedleaf 110, 120 ℳ
Losgut (blattig) 95, 100 ℳ, Original-Mischung 105, 110, 120 ℳ
Havanna 150, 200, 250, 300, 400 ℳ
Decker 650 ℳ
Yara-Cuba (fauer) 180, 200, 250 ℳ

Hermeking & Boy
Berlin N., Brunnenstrasse 183
Sumatra-Decke, sehr große Auswahl, mittel- und hellfarb. Vollblatt, 2. und 3. Längen à 250 bis 500 ℳ, hell ff. 600 ℳ.
Vorstenlanden-Decke, dunkel, bester Mexiko-Ersatz, à 260 ℳ, helle Kehrdecke à 300—400 ℳ.
Java-Einlagen à 110—125 ℳ.
Java-Aufarbeiter à 130—145 ℳ.
Java-Umblatt à 150—190 ℳ.
Mexiko-Decke ff. 450 ℳ.
Brasil à 150—190, Decke à 350 ℳ.
Havanna à 350 ℳ, Cuba à 200 ℳ.
Domingo à 120—170 ℳ.
Carmen à 120—155 ℳ.
Uckermärker Ia. à 105 ℳ.
Losgut Blattware, à 105 ℳ m. Deckblatt-Ramponagen à 125 ℳ.
Wickelformen, gebrauchte, gut erhaltene. Schiffchen-Abdrücke gratis und franko.
Pressen zu 12 Formen, oben u. unten verschraubt, Holzfuß- u. Holzdruckplatte in sehr starker Ausführung. 4eckige Träger, sonst 11 M., nur ..... 10 M.
Presskasten, Bündelböcke, Rollbretter, Arbeitsmesser, Lack, Papier, Band, Ringe, Etiketten. Gummi-Tragant.
Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe.
Tabakpreise à Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3% Skonto. Verlangen Sie Preisverzeichnis.

Gewerkschaftl. Tabak-Arbeiter bilden ein vorzügliches Agitationsmittel, deshalb gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

• Käse •
Holsteiner Holländer Käse
billiges, nahrhaftes Lebensmittel bei den teuren Zeiten (kein Kunstprodukt, sondern reine Naturware) liefert in Broden von 9 Pfund zu Mk. 3.95 ab hier.
Schweine-Kleinfleisch
(Rippchen, Kopfstücke, Schnauzen, Ohren, fleischige Beine) seit 10 Jahren über ganz Deutschland eingeführt.
10 Pfd. Postkolli Mk. 2.95.
Kübel mit 25 und 50 Pfd. Inhalt per Pfd. nur 28 Pfg.
9 Pfd. Thüringer Rotwurst Mk. 5.85
9 Pfd. Landleberwurst Mk. 5.85
9 Pfd. geräuch. Rippenspeck Mk. 8.25
9 Pfd. reines Schweineschmalz Mk. 6.95
9 Pfd. Enter-Rauchfleisch ohne Abfall Mk. 4.05.
9 Pfd. geräuch. dicke Schweinsbacken Mk. 6.95.
Alles ab hier. Nachnahme.
Heinrich Krogmann
Nortorf i. H. Nr. 263

Carl Roland, Berlin SO.
Kottbuserstraße 4. [8
Sumatra-Stuckblatt
große 2. Blattlänge, sehr viel helle Farben enthaltend, blütenweiße Brand, vorteilhaft deckend, pro Pfund nur M. 2.—

Jacob Hirsch jr.
Mannheim B 1, 9. [10
Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Straße gesetzt und auf Anordnung des Amtsvorstehers vorläufig in einem Stall untergebracht. Als sich Tornow wegen der Treibereien der Gemeindeverwaltung auf dem Landratsamt beschweren wollte, wurde ihm die höhnische Antwort, er möge sich doch selbst ein Haus bauen. Nun wurde dem Obdachlosen gar noch angedroht, Strafe zu erhalten, wenn er nicht innerhalb acht Tagen eine Wohnung besorgt habe. Daß, wenn sie in solchen Fällen ihr späteres Schicksal vor Augen sehen, die jüngeren Landarbeiter Beschäftigung in den Städten suchen, ist sehr verständlich. Trotzdem jammern die Förderer der Landflucht am meisten über dieselbe.

Warnung vor Auswanderung nach Brasilien. Angesichts der fieberhaften Tätigkeit, die brasilianische Agenten in vielen europäischen Städten entfalten, um Arbeiter nach Brasilien zu werben, sei daran erinnert, daß das mörderische Klima äußerst gefährlich ist und die mittelalterlichen Rechtszustände des Landes keine Sicherheit bieten. So wurde kürzlich eine 350 Kilometer lange Eisenbahn vollendet, bei deren Bau 16 000 Arbeiter an Malaria, gelbem Fieber usw. gestorben sind, ungeachtet jener, die krank die Arbeit verließen, um anderswo elend zugrunde zu gehen. Die ersten 300 Arbeiter waren Deutsche. Von ihnen blieb auch nicht einer am Leben, so daß sogar die deutsche Regierung gegen die weitere Anwerbung einschritt.

Berichte.

Breslau. Am 15. April fand unsere Quartalsversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1913; 2. Kartellbericht; 3. Unsere Volksfürsorge; 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende hieß die Mitglieder im neuen Gewerkschaftshause herzlich willkommen und forderte die Versammelten auf, auch immer so zahlreich zu erscheinen. Die Abrechnung wurde vom Kassierer verlesen und von den Revisoren als richtig bestätigt. Für seine Tätigkeit wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Einnahmen betrugen 5993,64 M, die Ausgaben 5489,84 M, so daß am Schlusse des ersten Quartals ein Barbestand von 503,80 M zu verzeichnen war. Der Beweis, daß die Arbeitslosigkeit andauernd steigt, ergibt sich aus der steigenden Unterstützung; es wurde die Summe von 2539,20 M gezahlt. Die Krankenunterstützung betrug 1452,45 M. Die Zahlstelle zählte am Schlusse des ersten Quartals 882 Mitglieder. Unter Kartellbericht wurde insbesondere auf unser neues Heim hingewiesen, welches nur von den schwerverdienten Arbeitergroschen erbaut worden ist. Der Bau hat einen Gesamtwert von rund 950 000 Mark. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß Gewerkschaftshaus nach Kräften zu unterstützen. Kollegen, die an Sonntagen Zeit haben, sollen sich als Helfer der Jugendorganisation zur Verfügung stellen. In Anbetracht des Bäckerstreiks, welcher in den nächsten Tagen beginnen wird, wurden die Kolleginnen aufgefordert, nur da Brot und Backwaren zu beziehen, wo die Bäckermeister den Tarif bewilligt haben. Die Hausfrauen können der Bäckerorganisation unschätzbare Dienste erweisen, indem sie jetzt schon die Bäckermeister auf die Konsequenzen der Nichtbewilligung aufmerksam machen. Die Wichtigkeit der Volksfürsorge wurde noch einmal den Mitgliedern vor Augen geführt. Sobald dieselbe in Kraft tritt, sollen sich diejenigen, die jetzt in einer anderen Versicherung sind, Freipolizen ausstellen lassen und in die Volksfürsorge übertreten. Redner wies darauf hin, daß das Inkasso der Volksfürsorge durch unsere Hauskassierer besorgt werden soll, dafür soll eine kleine Entschädigung gezahlt werden. Kollege Fengler erklärt, daß es eine Neubelastung der uns mangelnden Hauskassierer ist, denn durch die Aufklärungsarbeit würden unsere Kassierer gehindert werden, die Arbeit so auszufüllen, wie sie sein sollte. Eine lebhafte Debatte wurde über das Zigarrengeschäft im neuen Gewerkschaftshause wegen Bezug von nichttariftreuen Zigarren geführt. Mitinhaber des Geschäfts ist Genosse Biokowski, welcher die Beschlüsse des Dresdner Gewerkschaftskongresses genau kennt und dennoch Zigarren bezieht, die unter den ungenügendsten Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Nach einigen Auseinandersetzungen wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 15. April im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Breslau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß sowohl in dem im Gewerkschaftshause befindlichen Zigarrengeschäft, sowie im Gewerkschaftshause selbst, Zigarren von nichttariftreuen Firmen verschleißt werden. Sie protestiert entschieden dagegen, daß auf diese Weise die organisierte Arbeiterschaft von Breslau veranlaßt wird, Zigarren zu rauchen, die unter den ungenügendsten Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt sind, so daß auf diese Art dazu beigetragen wird, daß diesen arbeiterfeindlichen Fabrikanten auf Kosten der bei ihnen beschäftigten Arbeiter die Taschen gefüllt werden. Die Versammlung erwartet, daß die Inhaber des Zigarrengeschäfts sowie auch die Gewerkschaftshausleitung als Abnehmerin der Ersteren sich als Parteigenossen auf sich selbst besinnen und würden es unendlich bedauern, wenn die organisierten Tabakarbeiter erst zu dem Mittel greifen müßten, die man sonst nur bei haisstarrigen Fabrikanten anwenden muß."

Vlotho. Vor der Strafkammer zu Bielefeld hatten sich am 3. Mai in der Berufungsinstanz die Kollegen Kreye, Bradt und Eversmeyer wegen Vergehen gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung zu verantworten. Die drei Angeklagten waren in Vlotho vom Schöffengericht zu 3 resp. 2 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil war vom Vertreter der Amtsanwaltschaft, welcher in der Vorinstanz bis zu vier Wochen Gefängnis beantragt hatte, und auch von den Verurteilten Berufung eingelegt worden. Das fragliche Vergehen gegen den § 153 soll während des Streiks bei der Firma Niemann & Tintelnot begangen worden sein. Die angebliche Straftat liegt also bereits 19 Monate zurück. Kreye eines Abends im September 1911 mit den beiden anderen Angeklagten nach Hause gegangen ist. Bei dieser Gelegenheit sind sie rein zufällig mit den beiden arbeitswilligen Sortieren Gebrüder Wittemeyer aus Vlotho zusammengetroffen. Aus den Aussagen der Gebrüder Wittemeyer ging nur so viel hervor, daß sie der Meinung sind, daß Kreye bei dieser Gelegenheit neben anderen Worten auch Streikbrecher gesagt habe. Auf etwas ganz bestimmtes können sich die Zeugen nicht mehr besinnen. Kreye bestritt ganz entschieden, das Wort Streikbrecher gebraucht zu haben, vielmehr habe er als 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Vlotho in allen Versammlungen die Kollegen zur Ruhe gemahnt und dringend vor Belästigungen von Arbeitswilligen gewarnt. Dieses wurde denn auch durch die Zeugenaussagen bestätigt. Nachdem dann die Gebr. Wittemeyer nach dem oben bezeichneten Zusammentreffen ihren Weg weiter gegangen sind, sollen ihnen die Worte Streikbrecher, Pfui usw. nachgerufen worden sein, angeblich von den Angeklagten Bradt und Eversmeyer. Nach dem Verlauf der Beweisaufnahme hielten wir die Angeklagten für nichtschuldig. Eine Verurteilung hielten wir für gänzlich ausgeschlossen. Das Gericht verwarf jedoch die Berufung der Staatsanwaltschaft und ließ die Strafe der Vorderinstanz bestehen. Uns ist dieses Urteil unfaßlich und konnten wir nicht begreifen, daß in diesem Falle überhaupt eine Verurteilung erfolgen konnte. Aber bei den heutigen Rechtszuständen sind gerade die Arbeiter des öfteren gezwungen, von unverständlichen Urteilen, insbesondere wenn es sich um den berühmten § 153 der Reichsgewerbeordnung handelt, zu sprechen und genötigt, scharf zu kritisieren. Ob die Feststellung, welche in den Zeugenaussagen gemacht wurden, daß einer der Gebrüder Wittemeyer offen erklärt hat, der 1. Bevollmächtigte unserer Zalstelle, der Kollege Kreye, sowie auch der 2. Bevollmächtigte, Kollege Stahlsmeyer, müßten ins Gefängnis, einen günstigen Eindruck auf den Charakter des pp. Wittemeyer hinterlassen hat, wagen wir denn doch zu bezweifeln. Und der Effekt, den die Vlothoer Polizeibehörde mit ihrem Vorgehen gegen die streikenden und ausgesperrten Tabakarbeiter erzielt hat? Na, wir wollen die Behörde nicht darum beneiden. Möge die Vlothoer Arbeiterschaft ihre Lehre daraus ziehen.

Eingesandt.

Viele Worte sind schon gewechselt um den § 9 des Statuts, ob Aussetzen der Arbeit auch als Arbeitslosigkeit zu betrachten ist. Man kann nun zu dieser Frage stehen wie man will, der kommende Verbandstag muß beides: Aussetzen der Arbeit, sowie Lösung des Arbeitsverhältnisses, gleichmäßig regeln. Aus den Diskussionen im Tabak-Arbeiter über § 9 geht hervor, daß bisher in den Zahlstellen nicht gleichmäßig verfahren ist. Wo man Aussetzen der Arbeit nicht als Arbeitslosigkeit betrachtet hat, ist keine Unterstützung gezahlt, und wo man es anders ausgelegt hat, haben die Mitglieder Unterstützung erhalten, obgleich das Statut doch auf gleiche Rechte und gleiche Pflichten begründet ist. Hieraus geht hervor, daß der Vorstand das Aussetzen der Arbeit nicht als Arbeitslosigkeit angesehen hat. Merkwürdig ist, daß auch kein Delegierter auf der letzten Generalversammlung diese Frage angeschnitten hat. Doch ist dies jetzt nicht wieder gut zumachen; es ist gewesen, der kommende Verbandstag muß deshalb beides, Aussetzen der Arbeit, sowie Lösung des Arbeitsverhältnisses, gleichmäßig regeln, weil sonst viele Kollegen, die aussetzen müssen, vom Fabrikanten ihren Entlassungsschein fordern, da sie alsdann ihre Unterstützung erhalten. Wenn nun auch viele Fabrikanten und Arbeiter das nicht tun werden, ein Teil der Fabrikanten resp. Werkmeister wird darauf eingehen und neue Streitigkeiten sind wieder an der Tagesordnung. Die Verfügung des Vorstandes sowie Ausschusses, daß, wer aussetzen muß, erst vom 7. Tage an Unterstützung erhalten soll, ist ohne zwingende Gründe nicht erlassen worden. Doch ist die Verfügung unhaltbar! Warum soll der Unterstützung erhalten, der länger als 6 Tage feiert, und der weniger feiert, nicht? Diese Zustände sind nicht gesund. Meiner Ansicht nach ist es das Richtige, daß sich der Verbandstag auf den Standpunkt stellt, die Unterstützung in beiden Fällen, bei Aussetzen der Arbeit sowie bei Lösung des Arbeitsverhältnisses, erst vom 4. Tage an zu zahlen. Daß nun, wenn der Verbandstag dieses beschließt, sich die Lage des Tabakarbeiter-Verbandes so hebt, um allen Gefahren entgegengehen zu können, glaube ich nicht. Ohne Erhöhung der Beiträge wird der Verband seine Aufgaben, die doch immer größer werden, nicht voll erfüllen können.

Der gewerkschaftliche Gedanke ist den Tabakarbeitern noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen: die Lohnerhöhungen sowie sonstige Verbesserungen im Arbeitsverhältnisse, die der Verband in den letzten Jahren trotz der Tabaksteuer erfochten, werden verkannt; man vergißt das. Man denkt an das eingezahlte Geld und das will man durch Unterstützung wieder haben und noch mehr, was die Kollegen anderswo gar nicht so wissen. Hier in Westfalen gingen kurz vor der Aussperrung viele Kollegen in den Verband, holten 3 Monate und länger die Unterstützung, und als sie wieder in Arbeit waren, kehrten sie dem Verband den Rücken, und freuen sich heimlich, daß sie ihre Mitarbeiter so bemogelt haben. Hier in der Zahlstelle Spenge sind noch Kollegen, die nicht einmal ihre Extrabeiträge gezahlt haben. Wenn sie in der Not sind und dann Unterstützung bekommen, nehmen sie das an, und wenn die Not vorüber ist, geben sie dem, der ihnen in der Not geholfen, den Laufpaß. Aufgefordert sind sie ja alle, ihren Verpflichtungen gegen den Verband nachzukommen, aber sie lachen, daß sie so gescheit sind; sie meinen, das Zahlen täten die Dummen, die Gescheiten essen es auf. Ja unter dieser Sorte gibt es noch welche, die gegen den Verband agitieren. Welches Bild machen sich nun solche Arbeiter vom wirtschaftlichen Leben! In einer Zeit, wo sich alle Berufe vereinigen, wo Syndikate, Ringe, Truste sich bilden und das Kapital sich in immer wenigeren Händen zusammenschließt und eine Macht entfaltet wie nie zuvor, agitieren diese Tabakarbeiter noch gegen den Zusammenschluß, gegen die Einigkeit der Arbeiter! Welche Ahnung haben diese Arbeiter nun vom wirtschaftlichen Leben, was hat ihnen die Aussperrung gelehrt? Nichts, rein gar nichts! Diesen Arbeitern ergeht es wie einem Kapitän, der ein Schiff führt und keinen Hafen weiß, der kein Ziel hat und unsicher fährt. Was kommt, kommt! Hier trifft das Bibelwort zu: Wen der Herr verderben will, den schlägt er mit Blindheit.

F. Bringmann, Spenge.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Delchmann, Vorsitzender, **Bremen**, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephon Nr. 6046.

Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das **Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32**, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an **W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32.** — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Postscheckkonto Nr. 5349 beim Postscheckamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an **Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32**, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an **Gustav Riendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32**, zu adressieren.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an **Emil Eilken, Altona-Ottensen, Hohenesch 3**, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als verloren wurden gemeldet:

Achim: Das Mitgliedsbuch lautend auf den Namen **Heinrich Musfler** aus **Achim**, S. II, Nr. 48 106, aufgen. 24. 11. 1904, Beitragsklasse 3. Im Vorzeigungsfalle ist das Buch zu konfiszieren und an den Vorstand zu senden (S. B. Nr. 1108/3).

Wiesbaden: Das Mitgliedsbuch lautend auf den Namen **Marta Stock**, S. II, Nr. 29 916, aufgen. 20. 11. 1911. Im Vorzeigungsfalle ist das Buch einzuziehen und an den Vorstand zu senden (S. Br. Nr. 1110/4).

Jahresbericht für 1912.

Die Ortsverwaltungen, welche noch keine Bestellungen auf den Jahresbericht gemacht haben, können das Versäumte bis zum 14. Mai nachholen. Bestellungen nach diesem Termin können nicht mehr berücksichtigt werden.

Den Mitgliedern zur Beachtung!

Mitglieder, welche die Absicht haben, ihre Arbeitsstelle zu wechseln, und solche, die sich auf Wanderschaft befinden, sind verpflichtet, sich vorher stets an die Bevollmächtigten desjenigen Ortes zu wenden, wo sie Arbeit anzunehmen gedenken.

Das Umschauen auf den Fabriken ist streng untersagt.

Wer von den Zureisenden dieses außer acht läßt, erhält keine Unterstützung. Alle Mitglieder wollen daher im eigensten Interesse vorher bei im Gau und in Zahlstellen verwalteten Arbeitsnachweisen Nachfrage halten. Man schreibe sich die Arbeitsnachweisstelle aus.

Hamburg und Umgebung. Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der Zuzug nach Hamburg und Umgebung **fernzuhalten**. Mitglieder, die trotz dieser Warnung hier zureisen, erhalten **keine Unterstützung**.

Abrechnungen und alte Marken.

Die Abrechnungen vom 1. Quartal sind unverzüglich einzusenden. Zugleich sind nunmehr auch die alten Beitragsmarken der Klasse 3, 4, 5 und 6 einzusenden. Die Marken der Kl. 1 und 2 können dagegen weiter verwendet werden. Der Vorstand.

Vom 29. April bis 5. Mai sind folgende Gelder bei mir eingegangen. V. = Verbandsbeiträge, A. = Annoncen, L. = Lokalmarken.

24. April: Lauffen V. 8,82. **26. April:** Oerlinghausen V. 200,—. Wansen V. 100,—. Dresden V. 1000,—. **27. April:** Geldern V. 120,—. Neuhaus V. 160,—. Emmerich V. 35,57. Schönhausen V. 60,—. Werl V. 70,—. Helmstedt V. 80,—, A. —,70. **Nürnberg V. 50,—. 28. April:** Clausthal V. 60,—, Ermschwerd V. 57,20. Gertenbach V. 14,36. Bergkirchen V. 90,45. Nauen V. 150,—. Babbenhausen V. 240,—. Niederbecksen V. 200,—. Kirchlengern V. 350,—. Merseburg V. 100,—. Teuchern V. 85,—. Blankenese V. 30,—. Oldenburg V. 50,—. **29. April:** Zehdenick V. 30,—. Goch V. 150,—. Velten V. 50,—. Pasewalk V. 100,—. Driesen V. 70,—. Schmölln V. 200,—. Glatz V. 80,—. **30. April:** Klein-Aschen V. 150,—. Nordhausen V. 1000,—. Altenburg V. 100,—. Steinberg V. 40,—. Hamburg V. 100,—. **1. Mai:** Pyrmont V. 200,—. Heuchelheim V. 150,—. Wiesek V. 50,—. Bieber V. 10,—. **2. Mai:** Gernrode V. 60,—. Wilbeshausen V. 100,—, L. —,50. Groß-Heere V. 15,—. Ildehausen V. 50,—. Bielefeld V. 200,—. Dünne V. 150,—. Ost-Kilver V. 50,—. **17. April:** Hamburg V. 100,—. **30. April:** Wiesbaden V. 45,—. Frankenberg V. 100,—. Chemnitz V. 100,—.

Bremen, den 5. Mai 1913.

W. Nieder-Welland, Kassierer.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland sind folgende Gelder bei mir eingegangen.

25. April: Holsen, W. Brinkmann 20,—. **26. April:** Dresden, F. Domeyer 500,—. Duisburg, L. Klein 4,20. Oberhausen, L. Klein 1,80. Orsoy, L. Klein 16,—. Vallendar, L. Klein 8,85. **27. April:** Dahme, W. Peisker 50,—. **28. April:** Gertenbach, H. Schmidt 4,—. Oerlinghausen, C. Schütte 20,—. Pegau, O. Kraft 6,—. Kellingen, H. Schlüter 10,—. **29. April:** Goch, P. Marcks 16,—. **1. Mai:** Deuben, R. Barchmann 53,—. **2. Mai:** Spenge, F. Brinkmann 3,10.

Bremen, den 5. Mai 1913.

W. Nieder-Welland, Kassierer.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland sind folgende Gelder bei mir eingegangen.

30. April: Stockholm, Carl Johannsen 278,40.

Bremen, den 5. Mai 1913. C. Deichmann.

Abrechnungen vom 1. Quartal 1913 gingen beim Vorstand ein in der Zeit vom 29. April bis 5. Mai 1913:

1. **Gau Hamburg:** Wildeshausen.
2. **Gau Braunschweig:** Großheere, Gernrode.
4. **Gau Herford:** Isenstedt, Wallenbrück, Hagen, Ahle, Holsen, Ost-Kilver, Löhne, Warendorf.
5. **Gau Köln:** Kettwig, Oberhausen, Kreuznach.
6. **Gau Frankfurt a. M.:** Mühlheim a. M., Alzenau.
8. **Gau Offenburg:** Zunsweier.
9. **Gau Karlsruhe:** Nürnberg.
10. **Gau Erfurt:** Merseburg, Eisenach, Weißenfels, Hohenleuben, Wasungen, Naumburg.
11. **Gau Dresden:** Teuchern, Großenhain.
12. **Gau Breslau:** Neustadt i. Schl., Glatz, Priebus, Järischau, Trebnitz.
13. **Gau Berlin:** Velten, Driesen, Cottbus, Zehdenick, Pasewalk, Jastrow, Nauen, Bernau, Sorau, Lübben.

Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Priebus: August Schmidt als Kontr.

Rellingen-Pinneberg: Heinrich Diekmann als 1., E. Rowedder als 3. Bev.

Neulußheim: Philipp Friedrich Rupp als 1., Jakob Steitel als 2., Nikolaus Kuppinger als 3. Bev.

Wiesbaden: Karl Beckenstein als 1., Marta Stock als 2. Bev.

Helmstedt: Paul Bosse als 1., Michael Albrecht als 2., Karl Bock als 3. Bev.; Hugo Hartmann als Kontr.

Werste: Fritz Sielemann als 1., Karl Brüggemann als 2. Bev.

Gehlenbeck: Friedrich Kirchhoff als 2. Bev.

Hameln: Ed. Frewert als 1., Heinrich Strauß als 2., Johann Hilgendorf als 3. Bev.; Frau Tegtmeyer als Kontr.

Adressenänderungen.

Klein-Steinheim: Der 1. Bev. Nik. Thomas wohnt Alizestr. 26.

Rellingen-Pinneberg (1): Der 1. Bev. Heinrich Diekmann wohnt Rellingen, Schmiedestraße.

Neulußheim (7): 1. Bev. Philipp Friedrich Rupp; 2. Bev. Jakob Steitel.

Drlmenhorst (1): Der 1. Bev. Aug. Jordan wohnt Mühlenstr. 51.

Wiesbaden (6): Der 1. Bev. Karl Beckenstein wohnt Wörthstr. 22 (Verkehrslokal: Gewerkschaftshaus, Wellritzstraße).

Helmstedt: Der 1. Bev. Paul Bosse wohnt Wollplatz 2.

Werste (4): Der 1. Bev. Fritz Sielemann wohnt Werste N. 60. Alle für die Zahlstelle Werste bestimmten Sendungen sind an vorstehende Adresse zu richten.

Gehlenbeck (4): Der 2. Bev. Friedr. Kirchhoff wohnt Gehlenbeck Nr. 173.

Mitglieder-Versammlungen.

Jeder ernsthafte Gewerkschafter besucht regelmäßig die Versammlungen!

Sonnabend, den 10. Mai:

Mühlhausen i. Th.: Ab. 8½, im „Kaiser Wilhelm". T.-O. wird dort bekannt gegeben.

Oberbecksen: Ab. 8, an bek. Stelle. T.-O.: Besprechung über Gewerkschaftsfest, Verschiedenes.

Dienstag, den 13. Mai:

Braunschweig: Ab. 8½, Stadt Lüneburg. T.-O. wird dort bek. geg.

Donnerstag, den 15. Mai:

Mennighüffen: Ab. 8, b. Fritz Lübbing. T.-O.: Stellungnahme zum Verbandstag, Verschiedenes. Ein Referent ist anwesend.

Sonntag, den 18. Mai:

Brake i. L.: Nachm. 1½, b. Heimbecker. T.-O. wird dort bek. gegeben.

Herringhausen: Nachm. 2½, b. Bahle. T.-O. wird dort bek. geg.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 21, Mozartstraße 5, I.

Eingegangen: Feudenheim M 70.—, Rawitsch 40.—, Hochdorf 200.—, Halle i. W. 50.—, Brandenburg 130.—, Görlitz 100.—, Ladenburg 50.—, Frankfurt 50.—, Breslau 100.—, Bretnig 50.—, Goldenstadt 30.—, Heiligenstadt 125.—.

Sterbekasse: Rawitsch M 9.—, Schmölln 9.44, Barmbeck 107.—, Halle i. W. 9.—, Altona 19.12, Ohlau 119.08, Hildesheim 6.90, Görlitz 56.05, Goldberg 15.99, Oppeln 26.25, Breslau 21.85, Biebrich 15.—, Babbenhausen 21.80, Halban 6.15, Heiligenstadt 15.50, Stuttgart 16.75, Bautzen 31.74, Heilbronn 98.54, Lübeck 57.—.

Zuschüsse: Lauffen M 70.—, Chemnitz 60.—, Kl. Steinheim 100.—, Altona 100.—, Braunschweig 200.—, Halberstadt 100.—, Sandhofen 50.—, Oppeln 26.25, Hamburg 100.—, Altenburg 22.—, Brandenburg 100.—, Lingenfels 75.—, Lübeck 57.80, Hastedt 100.—, Nordhausen 50.—, Wolgast 50.—, Duisburg 50.—.

Krankengeld: M 305.33.

Hamburg, den 5. Mai 1913. P. Otto.

Gestorben:

Am 23. April zu Hamburg-Altona Frau **Leonore Hoff** aus Lauenburg, 57 Jahre alt.

Am 24. April in Altona **J. Wendland** aus (?), 42 Jahre alt.

Am 30. April zu Goldberg **Pauline Kügler** aus Goldberg, 66 Jahre alt.

Am 2. Mai zu Gehlenbeck **Dorothee Berl** aus (?), 24 Jahre alt.

Am 2. Mai zu Münden (Hannover) **Friedrich Willig** aus Münden, 26 Jahre alt.

Am 3. Mai zu Altona **Heinrich Beining** aus Büdinghausen, 43 Jahre alt.

Am 5. Mai zu Rendsburg **Marianne Jeppe** aus Lütjenburg, 68 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

H In der Einschreibung vom 24. April d. J. kaufte ich wiederum zwei geschlossene Partien mit 826 Ballen Loros, so dass ich in dieser Ernte bisher **drei** geschlossene **Partien** mit **1271 Ballen Loros** gekauft habe. **F**

Zusammenstellung meiner bisherigen neuen Einkäufe

Sumatra-Decken:

		verzollt
No. 1882.	Pflückblatt, 2. Länge Lochblatt, sehr blattig, sehr hell, deckfähig	M. 3.20
No. 1883.	Sandblatt, Padang Brahrang, Vollblatt 3. Länge, matt reinfarbig, schön	M. 3.60
No. 1885.	Pflückblatt, 1. Länge Lochblatt, riesig blattig, matt hell, reinfarbig	M. 4.75
No. 1886.	Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, hellmatt, schöne Farben, Padang Brahrang	M. 4.80
No. 1887.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellmatt, schöne Farben, sehr deckfähig	M. 5.—
No. 1888	Pflückblatt, Vollblatt 2. Länge, ganz hell und reinfarbig, riesig deckfähig	M. 5.50
No. 1889.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, matt, reinfarbig, sehr deckfähig	M. 5.75
No. 1864.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, lebhaft hell, vielfach hellfahl	M. 5.80
No. 1890.	Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, zart, mattfahl, sehr deckfähig	M. 6.10
No. 1891.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, ganz hell und fahl, riesig deckfähig, etwas bunt durchlaufend	M. 6.50
No. 1863.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, graufahl, edel, sehr deckfähig	M. 7.—
No. 1868.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, prachtvoll matt und reinfarbig	M. 8.—
No. 1867.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hochfeine matte Farben	M. 9.50
No. 1866.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellmatt, feinste Art	M. 10.—
No. 1862.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellfahl, prachtvolle Farben	M. 12.—
No. 1861.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, weissfahl, wunderschöne Farben	M. 16.—
No. 1865.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, hellfahl, prachtvolle Farben	M. 18.—
No. 1860.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, weissgraufahl, das denkbar schönste	M. 24.—

Borneo-Deck:

No. 1869. Vollblatt 2. Länge, hellmatte, reine Farben, wenig eleganter Spickel, deckfähig, verzollt ..... M. 7.50

Vorstenlanden-Decken:

		verzollt
No. 1877.	Pflückblatt, Vollblatt 2. Länge, heller Linksroller, sehr deckfähig	M. 2.60
No. 1875.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, mausgraue Farben	M. 3.50
No. 1874.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, matt, vielfach dunkel	M. 3.80
No. 1873.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hell und matt, sehr deckfähig	M. 3.80
No. 1876.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, schwarz und mausgrau, duff	M. 4.50
No. 1872.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, hellmatt, fahl, reine edle Farben	M. 5.—
No. 1871.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, hellmatt, riesig deckfähig	M. 5.20
No. 1870.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, hellmatt, zart, ausserordentlich deckfähig	M. 5.80

Aus meinen drei Partien Loros **Java-Bezoeki-Aufarbeiter:** **= Prachtvolle Qualitätstabake =**

		verzollt
No. 1878.	Loros. Blattige 4. Länge, reif, braun, leicht	M. 1.25
No. 1879.	Loros. Blattige 3. Länge, reif, braun, leicht	M. 1.30
No. 1880.	Loros. Blattige 2. Länge, reif, braun, leicht	M. 1.40
No. 1881.	Loros. Blattige 1. Länge, reif, braun, leicht	M. 1.50

Gebrauchte Wickelformen
Riesenauswahl! Billige Preise!

Heinrich Franck

Berlin N. 54 :: Brunnen-Strasse 22

Gegründet 1879 Postscheckkonto: Berlin 1738 Telephon: Amt Norden 4352

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 **Neustadtswall 36** Fernsprecher 3946

empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 ℳ
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 ℳ
Java-Decker dunkel 220 ℳ, hell 260, 280, 300, 320 ℳ
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 ℳ
Java-Einlage 95 ℳ, mit Umbl. 110, 120, 130 ℳ
Vorstenland-Decker 260, 275, 200, 320 ℳ
Brasil-Decker 175, 200, 210 ℳ
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken 125, 130, 140, 150, 160 ℳ
Mexiko-Decker (Andres) 300, 350 400 ℳ
Havana 200, 250, 300, 400 ℳ
Decker 700 ℳ
Yara-Cuba 200, 220 ℳ, feine Qualität
Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 ℳ
Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 ℳ
Domingo-Umbl. 110, 120, 130 ℳ
Domingo-Einlage und **Umblatt** 100 ℳ
Rio-Grande-Decker 120, 130 ℳ
Einlage 110 ℳ
Losgut, nur überseeische Original-Tabake, meist Umblatt, 100 ℳ, **beste Sorte** leicht und sehr blattig 110 ℳ

Wickelformen { neu und gebraucht in allen Fassons von 50—150 ℳ, **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko. **Neue, schmiedeeiserne Formenpressen** mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. **Gummi-Fraganta**, allerfeinste Ware, grösste Klebekraft, per Pfd. 250 ℳ. **Zigarrenband**, pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 ℳ, **Rechtsnadelband**, grün und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 ℳ. [9

Preise per Final verzollt einschliesslich Vertrieb. Versand nur unter Nachnahme.

Geldnot
ist das Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie am rechten Fleck. In dem Kleidermagazin erhalten Sie von

Millionären

Reisenden, Kavalieren, Doktoren nur wenig getragene **reinwollene, vielfach auf Seide** gearbeitete Sachen. Sie kaufen reell und billig nur bei

M. Diamand, München
Buttermelcherstrasse 5

Verlangen Sie **noch heute** ohne Verbindlichkeit meinen Katalog 38, welcher Ihnen gratis und franko zu Diensten steht. Die bedeutenden Vorteile, welche ich Ihnen biete, werden Sie dann selbst erkennen.

Sakko-Anzüge, 1- und 2-reihig	von M.	10—40
Schwalbenrock-Anzüge	„ „	7—35
Gehrock-Anzüge, schwarz und Modefarben	„ „	10—40
Frack- und Smoking-Anzüge	„ „	10—45
Einzelne Hosen und Sakko	„ „	3—10
Moderne engl. Ulster, 1- und 2-reihig	„ „	6—30
Frühjahrsüberzieher	„ „	4—18
Gummi-Mäntel in allen Farben	„ „	14—30
Stadt-Pelze	„ „	60—200

Große Abteilung für hochfeine neue Garderobe zu staunend billigen Preisen.

Risiko ausgeschlossen, da für nichtkonvenierende Waren anstandslos das Geld zurückgegeben oder auf Wunsch umgetauscht wird.

Versand nur per Nachnahme.

Versandhaus — Versandhaus

Drucksachen = aller Art liefert schnell und billig = **Schmalfeldt & Co., Bremen.**

Offeriere div. hundert Zentner
gemischte fertige Zigarrreneinlage
pro Pfund 95 ℳ, bei Abnahme von 100 Pfund 90.— M., Franko Zusendung. Hochfeine Mischung zu 5 ℳ-Zigarren. Ill. Preisliste gratis und franko. Versand nur unter Nachnahme. [13

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Aeltestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegr. 1886.

Unserer Kollegin Frau Bertha Gawandtka
die herzlichsten Glückwünsche
zu ihrem am 13. Mai stattfindenden 25jährigen Verbandsjubiläum.
Die Kollegen und Kolleginnen der Zigarrenfabrik Martin, Kreischa.

Rohtabak-Handlung
Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen
Filiale Berlin N., Brunnenstraße 25. [25

Otto Schröder,
wo steckst Du? Um Deine Adresse bittet
Pauline Johannsen.
Postlagernd: Bredstedt (Schl.-H.).

Briefkasten.
Kreischa 2 M.

Verantwortlicher Redakteur: G. Riebsatz — Verlag: Deutsch-Nationaler Handlungsgehilfen-Verband, E. Deigmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalfeldt & Co., sämtlich in Bremen.